

# Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verbandsstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinwendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383  
Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)  
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 5. September 1931

35. Jahrgang

Nummer 36

## Todfeinde der Arbeiterbewegung

Nach den beispiellosen Erfolgen der Gewerkschaften in den Jahren 1924 bis 1930 wirkt sich der Rückschlag durch die Wirtschaftskrise doppelt aus. Trotzdem bewahren die Gewerkschaften eine bewundernswürdige Festigkeit. Eine Erziehungsarbeit von mehr als 40 Jahren ist schließlich nicht umsonst gewesen. Die Massen suchen in den Zeiten einer allgemeinen Haltlosigkeit nach einem Widerstand, der ihnen wenigstens etwas Mut einzuflößen vermag. Diesen finden sie immer noch in den Gewerkschaften. Hinzu kommt noch die große Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften in der Krise. Den Unternehmern ist es nicht unbekannt, daß sich die Kraft der Arbeiterbewegung um die Gewerkschaftsbewegung gruppiert. Deshalb eine einheitliche Meinung, die gegen die Gewerkschaften gerichtet ist. Welches Unternehmerrblatt man auch in die Hand nehmen mag, immer wird man eine feste Grundstimmung gegen die Gewerkschaften und ihren Einfluß antreffen. Man hält die gegenwärtige Zeit als sehr geeignet, die gewerkschaftlichen Vorposten zurückdrängen zu können. Manchmal schlägt die Antipathie gegen die Gewerkschaften in fanatischen Haß um. Deshalb das unablässige Berennen der Regierung Brüning, unter allen Umständen die Schutzgesetze der Tarifverträge, des Schlichtungswesens usw. zu beseitigen. Bis jetzt konnten diese Angriffe noch immer abgelehnt werden. Aber je länger die Wirtschaftskrise dauert, desto mehr steigert sich die Hoffnung auf ein Niederrennen der gewerkschaftlichen Front.

Solchen Bemühungen können wir solange mit ruhigem Gewissen entgegengehen, als wir die besonnene Arbeiterschaft hinter uns haben. Leider ist die Not der Zeit geeignet, gewissen verbrecherischen Elementen das Handwerk zu erleichtern. Die Kommunisten entpuppen sich immer mehr als die Todfeinde der Arbeiterbewegung. Schon die Beteiligung am Volksentscheid war nicht nur eine hirnverbrannte Idee, sondern geradezu ein Verbrechen. Die damit eingeschlagene Linie scheint man weiter beschreiten zu wollen. Die Niederlage vom 9. August hat die von Kruftland subventionierte Verbrecherclique nicht nur nicht eines besseren belehrt, sondern sie geradezu zu neuen Taten ähnlicher Art angestachelt. Diese sogenannte Arbeiterpartei wird geführt von einem Bourgeoisöhnchen aus dem Berliner Westen, Heinz Neumann. Dieser gewissenlose Bursche, der ganz im Dienste Moskaus steht, spornet die Partei zu immer verzweifelteren Unternehmungen an. Allem Anschein nach ist jetzt die Gewerkschaftsbewegung wieder einmal als Kampfziel ausersehen. Nach dem „Vorwärts“, Nr. 395, hat die Parteileitung der KPD. folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Einfluß der Lohnabbaugewerkschaften, des ADGB, muß zerbrochen werden, um den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie zu führen. Wir geben die Parole aus: Im Volksentscheid geht es gegen das Preußenbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter — jetzt geht es gegen das Gewerkschaftsbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter. Wir verstärken unsere Arbeit innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, um die gemeingefährlichen Verbrecher an der Spitze des ADGB, die als bezahlte Unternehmeragenten immer neuen Lohnraub und Massenverelendung organisieren, einflußlos zu machen. Die Lohnabbaugewerkschaften stehen vor einer schweren Krise (Mitgliederverlust, 500 000 Anhänger haben den ADGB im letzten Jahr verlassen, die Beiträge gehen nicht mehr ein, die Unterstützungszahlungen an Verbandsmitglieder werden um 30 Prozent und mehr abgebaut, Arbeiterbank und gewerkschaftliche Wirtschaftsbetriebe stehen vor dem völligen Bankrott). Die Bestrebungen breiter Mitgliedermassen und ganzer Belegschaften zur massenhaften Beitragsperre müssen tatkräftig unterstützt und zum Uebertritt in die RGO. gesteigert werden.“

Hätte man einen solchen Beschluß jemals für möglich gehalten? Die an der Spitze des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stehenden Gewerkschaftsführer werden als Unternehmeragenten, ja als gemeingefährliche Verbrecher bezeichnet. Ist es notwendig, solche ehrenwerte und makellos dastehende Männer gegen solche gemeinen Vorwürfe in Schutz zu nehmen? Das dürfte sich für die übrigen. Man bedenke, von welchen dunklen Gestalten solche Vorwürfe in die Welt gesetzt werden! Keiner von denen kann solche Erfolge und Errungenschaften aufweisen, die die Gewerkschaften unter der Führung der verhassten Funktionäre in den letzten zwölf Jahren zu verzeichnen hatten. Jeder Lohnabbau wurde von den Gewerkschaften mit allen Kräften zu verhindern versucht. Wenn es nicht ganz gelang, dann sind nicht zuletzt jene gewissenlosen Elemente schuld, die die Gewerkschaften durch ihre Ministerarbeit geschwächt haben. Daß eine so schwere Wirtschaftskrise Lohnabbau-befreiungen zu fördern vermag und nicht alle bei guter Beschäftigung durchgesetzten Erfolge gehalten werden können, dürften gerade an verantwortungsvollen Posten stehende kommunistische Funktionäre bestätigen.

Die Gewerkschaften haben im Jahre 1930 Mitgliederverluste erlitten. Eine ganz natürliche Erscheinung, wenn das Wirtschaftsleben derart daniederliegt. Dennoch betrug der Mitglieder-

verlust nicht 500 000, sondern 230 640 oder 4,7 v. H. Die Moskowiter verdoppeln die Mitgliederverluste, weil es in ihren Kram paßt. Die Arbeiterbank und andere den Gewerkschaften nahe stehende Wirtschaftsbetriebe sollen bankrott sein! Es war ein bemerkenswertes Zeichen der inneren Festigkeit der Arbeiterbank, daß in den Tagen der Bankstürme voll ausgezahlt werden konnte. Die privatkapitalistischen Institute haben voll Reiz auf sie geübt. Ebenso haben sich die Konsumgenossenschaften bisher in einer Weise widerstandsfähig gezeigt, daß man auch in der Zukunft diese Betriebe als vollgepflegt betrachten kann. Nun kommen solche Strolche, ja, Strolche!, her, die nie in ihrem Leben Wirtschaftsbetriebe zu leiten hatten, und streuen solche unwahren Behauptungen in die Welt. Die kommunistisch geleiteten Konsumvereine in Halle, Gotha und anderen Orten wurden heruntergewirtschaftet und den Privatkapitalisten ausgeliefert. Die kommunistischen Zeitungsbetriebe können nur dadurch aufrechterhalten werden, daß das Personal sechs Stunden je Woche ohne Bezahlung länger arbeitet. Und dies alles trotz reichlichster Unterstützung von Moskau

her. Wir können das Treiben solchen Gesindels nicht besser kennzeichnen, wie dies die Tageszeitung der Brandlergruppe mit folgenden Worten tat:

„Was hier die KPD-Führung ihren Mitgliedern anweist, ist ein Verbrechen an der ganzen Arbeiterklasse. Ueberhaupt, aber ganz besonders in der jetzigen Situation, in der das Großkapital und der Faschismus die letzten Kräfte ansetzen, um die Tarife und damit die Gewerkschaften zu zerbrechen, zur ‚Beitragsperre‘ und ‚Zerbrechung der Gewerkschaften‘ aufzufordern, das heißt die Geschäfte der schlimmsten Scharfmacher und Klassenfeinde zu besorgen, heißt dem Proletariat den Volchitof zu verlegen“

Früher sahen die Todfeinde nur in den Reihen der reaktionären Junker und Großkapitalisten, heute haben sich diesen jene Elemente zugesellt, die die Führung der KPD. an sich gerissen haben.

Soll die Arbeiterklasse ihre Stellung in Staat und Wirtschaft nicht vollständig verlieren, so muß diesen Verbrechern das Handwerk so schnell wie möglich gelegt werden.

## Der Taristampf in der Pflasterstein- und Schotterindustrie

Im „Steinarbeiter“ Nr. 34 wurde bereits berichtet, daß das Reichsarbeitsministerium der vom Steinarbeiterverband beantragten Verbindlichkeitserklärung für die ergangenen und von den Unternehmern abgelehnten Schiedsprüche für verschiedene Bezirke in der Pflasterstein- und Schotterindustrie nicht entsprochen hat. Es soll gewiß nicht verkannt werden, daß von dem Mittel der Verbindlichkeitserklärung nur in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden und schließlich nur da Anwendung finden soll, wo sich eine der Parteien prinzipiell gegen die Gesamtvereinbarung einstellt. Das trifft auf die Unternehmer in genannter Industrie zu den ergangenen Schiedsprüchen fast ausnahmslos zu. Aus diesen Gründen und noch mehr aus dem Tatbestand heraus, daß die Pflasterstein- und Schotterindustrie ausschließlich für diesen staatlichen und kommunalen Bedarf produziert, müßte angenommen werden, daß auch das Reichsarbeitsministerium ein Interesse an geordneten Arbeitsverhältnissen hätte. Durch die ablehnende Entscheidung ist gleichzeitig die Arbeit der vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichter zunichte gemacht worden und den Unternehmern, die sich in ihrer Mehrheit schon früher immer grundsätzlich gegen jeden Vertragsabschluß sträubten, ein unbezahlbarer Dienst erwiesen worden.

Für die Steinarbeiter dagegen bringt die Ablehnung erneut die Erkenntnis, daß trotz aller öffentlichen Reden die Einstellung gegen die Arbeiter unvermindert weiterbesteht. Die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung wurde ganz kurz damit begründet, „daß die gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind“. Welche als solche gelten, darüber schweigt sich die Entscheidung wohlweislich aus, obgleich sie zunächst für mehrere zehntausend Arbeiter maßgebend ist. Infolge der Wichtigkeit die deshalb dieser Entscheidung zukommt, darf wohl erwartet werden, daß die inzwischen angeforderte nähere Begründung nachfolgt, oder doch wenigstens die fehlenden „gesetzlichen Voraussetzungen“ angegeben werden. Doch darf hierzu schon heute festgestellt werden, daß die nach der Schlichtungsordnung erforderlichen Voraussetzungen zur Verbindlichkeitserklärung eines Schiedspruches nicht gemeint sein können. Nach unserem Wissen sehen diese voraus, daß

1. der Schiedspruch ordnungsgemäß zustande gekommen ist,
2. die im Schiedspruch getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und
3. ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist.

Diese drei Voraussetzungen sind zweifelsfrei durch die Schiedsprüche gegeben. Es könnte höchstens hinsichtlich der 2. Voraussetzung von Arbeitnehmerseite der Einwand erhoben werden, daß der nach den früheren Zusagen gewährte Urlaub zu sehr beschnitten wurde und deshalb die im Schiedspruch vorgesehene Regelung der Billigkeit nicht entspricht.

Dieser Einwand, über den sich das Reichsarbeitsministerium sicher hinweggesetzt hätte, wenn die Unternehmer den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung gestellt hätten, wurde hinfällig durch unsere eigene Antragstellung. Maßgebend bei der Beurteilung des Antrages konnte eigentlich nur sein, ob die Durchführung der Schiedsprüche aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich war. Diese Notwendigkeit kann nicht einmal ernstlich von Unternehmerseite bestritten werden, zumal durch den bisherigen tariflosen Zustand die gegenseitige Preisunterbietung mit ihren weiteren Folgen bereits groteske Blüten getrieben hat und noch weiter treiben wird, wenn dem nicht durch geordnete Tarifverhältnisse Einhalt geboten wird. Andererseits erforderten die sozialen Gründe die dringendste Aufrechterhaltung der Ferien, die allerdings schon immer von diesen Unternehmern aufs festigste bekämpft wurden.

Die vorläufige Beendigung der Mantelvertragsverhandlungen gibt zugleich Veranlassung, auf einzelne Momente zurückzukommen, damit auch die Kollegen in der Pflasterstein- und Schotterindustrie die Haltung ihrer Unternehmer besser beurteilen können. Bekanntlich wurde erstmals im Jahre 1919 ein einheitlicher Rahmenvertrag zum Abschluß gebracht, der im Laufe der Jahre wiederholt, zuletzt am 8. April 1930 bis zum 31. Dezember 1930 erneuert

wurde. Bei allen Erneuerungsverhandlungen wurde von den Arbeitgebern immer die Aufrechterhaltung des Reichsarbeitsvertrages im Interesse der Industrie aufs wärmste befürwortet. Trotz dieser früheren Haltung haben sie in diesem Jahre unter Führung von Dir. Weich, der seit dem Ausscheiden des Dir. Barkhausen, Vize, Vorsitzender des Haupttarifamtes, zielbewußt auf die Zerstückelung des Reichsarbeitsvertrages und damit auf die gänzliche Beseitigung von Tarifverträgen hingewirkt. Unter seiner Führung wurde dem Reichsverband die Verhandlungsmacht entzogen. Als Wortführer seiner Kollegen erklärte er in einer am 30. 1. d. J. stattgefundenen Aussprache, die von einem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums geleitet wurde, daß der Reichsarbeitsvertrag unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen nicht mehr tragbar sei und daß der Vertrag überhaupt seinen Zweck, die Schaffung einheitlicher Arbeitsbedingungen für alle Betriebe der Industrie, nicht erfüllt habe. Die Schuld dafür schob er einseitig den Arbeitnehmern und deren Verbänden zu, die bei den Verbandsaußenleitern angeblich nicht auf die Durchführung der allgemeinverbindlich erklärten Vertragsbestimmungen bestanden hätten. Außerdem erklärte er, daß sie keine Veranlassung hätten bei jedem Neuausfluß neue Lasten zu übernehmen, und daß ferner bei bezirklichen Verhandlungen größere Einsicht für die betrieblichen Notwendigkeiten vorhanden sei, weshalb für ihn und seinen Verband eine erneute zentrale Bindung unter keinen Umständen in Betracht komme. Diese Ausführungen, die von allen übrigen Arbeitgebervertretern der Bezirksverbände unterstrichen wurden, ließ bereits erkennen, was sie beabsichtigten. Aus diesen Ausführungen konnte aber dennoch entnommen werden, daß sie evtl. auf bezirklicher Grundlage einem tariflichen Ausgleich zustimmen würden. Bei den verschiedenen Verhandlungen zeigte sich jedoch, daß Tarife für den größten Teil dieser Unternehmer nur Wert haben in Zeiten guter Konjunktur, um ungeeignet deren Vorteile ausschöpfen zu können. An Beispielen hierfür fehlt es wahrlich nicht. Es sei hier nur an die unverantwortliche Preispolitik der ersten Nachkriegsjahre erinnert, die in keinem Verhältnis zu den Löhnen stand, sowie an die ungeheure Expansionspolitik, die die heutige Notlage der Industrie mit auf dem Gewissen hat. Bei allen bezirklichen Verhandlungen zeigte sich jedoch, daß alle Betriebsnöte auf Kosten der Belegschaften gelindert werden sollten und die Tarife Bestimmungen erhalten, die nur deforzierten Wert, aber niemals praktische Bedeutung für die Lebenserhaltung der Kollegen erlangt hätten. Zu diesem Selbstbetrug konnten die Tarifkommissionen trotz der Drohung: Auflösung der Unternehmerverbände, keine Handhabe bieten, so daß die Schlichtungsinstanzen in Tätigkeit treten mußten. Deren Entscheidungen brachten zwar im Vergleich zum abgelassenen Reichsarbeitsvertrag ebenfalls Verschlechterungen, doch glaubten unsere Unterhändler, deren Annahme unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen verantworten zu können. Durch die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung durch das RAA., hat die rücksichtslose Konjunkturpolitik der Unternehmer den vorläufigen Sieg davongetragen. Ob aber die Hilfeleistung des Reichsarbeitsministeriums sowie der jetzige tariflose Zustand im Interesse der Industrie liegt, möchten wir aus den erwähnten Gründen stark bezweifeln. Einzelnen einschichtigen Unternehmern scheint diese Erkenntnis auch zu dämmern, wie private Äußerungen uns erkennen lassen.

Jedenfalls muß festgestellt werden, daß das jetzige rücksichtslose Vorgehen dieser Unternehmergruppe einen entsprechenden Widerhall in den beteiligten Kollegentreifen gefunden hat. Es ist selbstverständlich, daß sich unsere Kollegen bei geeigneter Gelegenheit mit noch größerer Rücksichtslosigkeit und ohne Hilfe des Reichsarbeitsministeriums das Verlorene zurückholen werden. Sie haben schon zu anderen Zeiten die diktatorischen Gelüste dieser Herren niedergehalten und werden auch in Zukunft damit fertig, trotzdem zur Zeit alle Mächte gegen die Arbeiter im Bunde sind. ch.

# Ein neues Schlagwort

In Deutschland wird seit Wochen das Schlagwort „nationale Selbsthilfe“ in allen Tonarten heruntergeleiert. Wie bei allen Schlagworten versteht jeder etwas anderes darunter. Dennoch läßt sich bei allen Auslegungen ein gemeinsamer Grundzug herausstellen. Dieser Grundzug ist mit zwei Worten zu kennzeichnen: soziale Reaktion! Eine verzweifelte Lage der Wirtschaft und der öffentlichen Körperschaften ist immer der beste Helfer einer sozialen Reaktion gewesen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die gegenwärtige Verzweiflungssituation in weiten Kreisen des deutschen Volkes den besten Boden für verhängte Forderungen von Katastrophenpolitikern abgibt. Deshalb treten von allen Seiten jetzt Vorschläge an die Öffentlichkeit, die auf das gemeinsame Ziel: Verschlechterung der Lage des arbeitenden Volkes hinauslaufen. Versuchen wir einmal, die verschiedenen Schattierungen des Begriffs nationale Selbsthilfe zu kennzeichnen.

Der Nationalist reinsten Wassers versteht unter nationaler Selbsthilfe Abbruch der auf Zusammenarbeit gerichteten Beziehungen mit den ausländischen Staaten und Zerreißen internationaler Verträge, namentlich solcher, die aus dem Kriege herkommen. Ferner Aufrüstung der deutschen Wehrmacht und was dergleichen Auswüchse eines nationalitätlich benebelten Gehirns mehr sind. Eine andere Gruppe lehnt sich an diese Begriffe zum Teil an und verlangt vor allem wirtschaftliche Erfolge. Dazu zählt in erster Linie die deutsche Landwirtschaft. Diese Kreise vertreten die Ansicht, daß Deutschland sich vollständig bezüglich der Einfuhr von Lebensmitteln unabhängig machen kann. Eine dritte Gruppe von Menschen versteht unter Selbsthilfe Rückkehr zu den Verhältnissen in der Wirtschaft und der Sozialpolitik, wie sie vor 30 Jahren bestanden haben. Versuchen wir einmal zu ergründen, was es im Gefolge haben kann, wenn man auch nur in einem Punkt Konzessionen macht.

Der Frieden unter den Völkern ist eine Fiktion auf schwankendem Boden. Die Spuren eines solchen Weltunglücks wie der Krieg lassen sich nur allmählich verwischen. Dennoch war es immerhin schnell gelungen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern wieder herzustellen. Der industrielle Aufschwung in den letzten zehn Jahren war der stärkste Beweis dafür. Handel und Wandel blühten wieder, wenn auch hier und da noch Hemmnisse zu überwinden waren. Je mehr die Technik sich entwickelt, je schneller und umfassender sich der Verkehr ausdehnt, je kleiner erscheinen die Völker in ihrer Abgeschlossenheit. Deshalb die starke weltwirtschaftliche Verbundenheit, das enge Aufeinanderangewiesensein der einzelnen Staaten. Und nun kommen nationalitätliche Rindsköpfe, die eine Zerreißen internationaler Verträge fordern und jene Zustände herbeiführen wollen, wie sie vor Jahrzehnten bestanden. Kein Zweifel darf bestehen, daß wir bei Annahme solcher Gedankengänge einen Rückschlag erleiden würden, der zur vollständigen Verelendung der breiten Massen führen kann. Nicht Abtastung eines mit tausend Fäden weltwirtschaftlich verwachsenen Gemeinwesens, sondern innige Zusammenarbeit der Völker und Unfähigkeit der nationalen Landesgrenzen, das ist der Weg zum Wohlstand der Völker.

Wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit, wofür man meistens das griechische Wort Autarkie anwendet, ist das Ziel anderer einflussreicher Gruppen. Wie liegen hier die Dinge? Als Bearbeiterland mit einer großen Fertigungsindustrie muß Deutschland Rohstoffe einführen, weil diese im Inland nicht gewonnen werden. In unsern Breitengraden wächst nun einmal keine Baumwolle oder Kautschuk und andere überseeische pflanzliche Rohstoffe. Die Erdoberfläche, die wir bewohnen, birgt auch keine oder nicht genügend Erze, aus denen sich Kupfer, Gold, Eisen, Zinn usw. gewinnen läßt. Die Quellen, die wir erhobren, fließen so spärlich, daß wir große Mengen zur Bedarfsdeckung einführen müssen. Die Verwertung unserer großen Industrieanlagen, die Beschäftigung von rund 15 Millionen Industriearbeitern ist also nur möglich, wenn wir Rohstoffe und Halbfabrikate einführen. Der Anteil derselben an der Gesamteinfuhr beträgt 50 bis 60 Prozent. Deutschland führt jährlich für etwa fünf Milliarden Mark Rohstoffe und halbfertige Waren zur Weiterverarbeitung ein. Darin beruht die Grundlage der deutschen Wirtschaft. Die Rohstoffeinfuhr einzustellen, hieße Selbstmord begehen oder die industrielle Tätigkeit auf ein Minimum herabsetzen. Es lohnt nicht, darüber weiter zu diskutieren.

Doch ein anderer Teil gleichgesinnter Zeitgenossen will die Einfuhr von Lebensmitteln verhindern. Wie steht es damit? Wir hatten in der Zeit des Krieges und der Inflation schon einige Male Gelegenheit, die Selbstversorgung der städtischen Bevölkerung aus der einheimischen Landwirtschaft kennenzulernen. Kein Mensch, sofern er nicht Selbstversorger ist, wird solche Zustände zurückwünschen. Die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln bewegt sich in einer Höhe von 3 bis 4 Milliarden Mark je Jahr. Der Erzeugungswert der landwirtschaftlichen Produkte in Deutschland stellt sich auf 12 bis 15 Milliarden, so daß ein erheblicher Teil zur Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln eingeführt werden muß. Eine vollständige Unterbindung der Einfuhr von Lebensmitteln würde überdies eine solche Preissteigerung mit sich bringen, daß Hungersnot breiter Schichten die Folge wäre. Jedenfalls wäre die Selbstversorgung der deutschen Bevölkerung mit einheimischen Lebensmitteln ein Abwärts in die Kulturstufe von vor 50 Jahren. Da wir keine Lust haben, Selbstmord zu begehen, oder die eine Schicht der Bevölkerung noch mehr als bisher für die anderen tributpflichtig zu machen, so wollen und müssen wir solche Pläne energig bekämpfen.

Aber neben dem ist noch etwas anderes beabsichtigt. Unter dem Deckmantel nationaler Selbsthilfe plant man den Abba u aller

sozialen Erzeugenschaften. Außerordentlich bezeichnend hierfür war ein kürzlich veröffentlichter „Aufruf zur Selbsthilfe“ des Zweverbandes der westfälischen Industrie- und Handelskammer. In diesem Aufruf werden alle Sünden der Privatwirtschaft auf den „Sozialismus der Nachkriegszeit“ geschoben. Nach einer demagogischen Kritik der Entwicklung der verflochtenen Jahre werden folgende Forderungen aufgestellt: „Da Steuern, soziale Lasten und Zinsen schwerer denn je auf der Gütererzeugung lasten, muß der Arbeitskostenanteil an der Gütererzeugung sowohl nach der Seite der Arbeitszeit als auch nach der Seite der Lohnhöhe beweglicher gestaltet, d. h. aus der politischen Bindung herausgenommen und wieder auf das Marktergebnis eingestellt werden. Die Arbeitskosten, bedingt durch Lohn und Arbeitszeit, sind ein Teil der Marktergebnisse und können nicht durch politische Gewalt davon gelöst werden. Nur eigene Kapitalbildung schafft Freiheit und höchstes Verantwortungsbewußtsein. Arbeiten und sparen sind die einfachen Mittel, die zur Wiederherstellung von Wohlstand, Freiheit und Macht führen.“ Wir glauben nicht notwendig zu haben, diese Forderungen mit einem Kommentar zu versehen. Sie sprechen für sich. Bezweckt wird damit

die Rechtlosmachung der Arbeiter und Angestellten und die Herabsetzung ihres Lebensstandards. Dies alles wird dem wenig denkenden Publikum unter der Phrase der nationalen Selbsthilfe serviert.

Hierin offenbart sich die Gefährlichkeit des hier zur Behandlung stehenden Schlagwortes. Man beabsichtigt nicht, eine Selbsthilfe mit gleichen Opfern bei allen Bevölkerungsschichten als eine Art Zwischenstadium durchzuführen, sondern man hat Nebenziele dabei im Auge, die darauf abzielen, die Klassenherrschaft zu stabilisieren oder sie wieder vollständig herzustellen. Es besteht unsererseits wenig Lust, diesen Schachzug ruhig geschehen zu lassen. Im Gegenteil müssen wir solche dunklen Pläne in aller Öffentlichkeit enthüllen, damit wir sie mit desto größerer Macht bekämpfen können. Die Arbeiterklasse will die enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit der Völker und ist gegen die künstliche Abgeschlossenheit, die nur dazu dienen soll, bestimmten Gruppen Sonderrechte und Extravergünstigungen zu verschaffen.

## Die Schande des Kapitalismus

In den Kreisen der unentwegten Verfechter des kapitalistischen Wirtschaftsgebildens beginnen allmählich Zweifel an den Heilmethoden des Kapitalismus aufzutreten. Auch hier bricht sich unter der Wucht der Weltwirtschaftskrise die Erkenntnis Bahn, daß der Kapitalismus abgewirtschaftet hat und das verzweifelte Bemühen zur Überwindung der Krise nichts als Kurpfuscherei an einem todkranken Wirtschaftskörper ist. Man muß sich eingestehen, daß der Kapitalismus keine Möglichkeiten mehr bietet, die völlige Gelundung der Wirtschaft herbeizuführen. Die Zusammenbrüche großer Konzerne und Banken, die Gold- und Devisenabflüsse, die Störungen und Unterbindungen des allgemeinen Zahlungsverkehrs sind Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise. Diese Erscheinungen beschränken sich nicht nur auf Deutschland, sondern auch andere Länder, wie England und Amerika, sind davon erfaßt.

Angehts dieser Tatsachen mehren sich die Stimmen, die dem Kapitalismus seinen Untergang prophezeien oder doch klar zum Ausdruck bringen, daß das kapitalistische Wirtschaftsgebäude in seinen Grundfesten erschüttert ist. Neben vielen Äußerungen hervorragender Wirtschaftskenner, die in letzter Zeit gefallen sind, ist besonders die Ansicht Owen Youngs bemerkenswert, die dieser in einer Artikelserie in Amerika verbreiten läßt. Nicht nur erkennt Owen Young an, daß der Staat das Recht hat, sich als Unternehmer zu betätigen, sondern er wirft den kapitalistischen Wirtschaftsführern auch ihre Unfähigkeit vor. So schreibt er: „Schließlich ist der Kapitalismus nur ein Fahrzeug, das die Zivilisation auf ihrem Weg bis zum heutigen Punkt befördert hat. Er ist kein Endzweck. Er hat der Menschheit gut getan, und wir sind genötigt, an ihm festzuhalten, bis etwas Besseres demonstriert ist. Ich kann das kapitalistische System ebenso gut anklagen wie der Bolschewist. Ich kenne seine Fehler genau so gut wie er. Ich weiß, daß die Tatsache, daß in einem Winkel der Welt das Korn verkauft, während in einer anderen Gegend die Leute verhungern, ein Schandfleck auf der Maschinerie des Kapitalismus ist. Ich weiß, daß die Arbeitslosigkeit, wenn Menschen da sind, die arbeiten wollen, und andere, die Produkte brauchen, eine Schande für das kapitalistische System ist. Ich weiß, daß der Reichtum, der produziert wird, noch nicht gerecht verteilt ist. Das bedeutet noch nicht, daß ich ein Bolschewist bin. Es bedeutet nur, daß ich mir unserer Fehler bewußt bin.“

In Amerika haben diese Äußerungen in den kapitalistischen Kreisen große Aufmerksamkeit erregt. Man spricht davon, daß Owen Young unter dem Druck der wirtschaftlichen Ereignisse zu einem radikalen Sozialisten geworden sei. Verwunderlich wäre diese Wandlung nicht. Gerade in Amerika feiert der Kapitalismus heute seine Orgien. Täglich werden gewaltige Mengen kostbarer Nahrungsmittel vernichtet, während Millionen hungern und darben. So wurde vor einigen Tagen aus Rio de Janeiro gemeldet, daß im Staate Santos rund 530 000 Saß Kaffee verbrannt worden sind. Die Kaffeeläcke wurden mit Petroleum übergossen und brannten fünf Stunden. Bei einer derartigen Vernichtung brauchbarer Lebensmittel, die bei den breiten Massen des Volkes fehlen, muß schließlich der Glaube an die Heilmethoden des Kapitalismus ins Wanken geraten. Es ist daraus zu verstehen, daß Owen Young die Existenzberechtigung der öffentlichen Hand anerkennt und ihr sogar das Wort redet.

Auch in den kapitalistischen Blättern Deutschlands tauchen in letzter Zeit häufiger Betrachtungen auf, die erkennen lassen, daß auch hier das Vertrauen zum Kapitalismus schwindet. So schreibt in der „Boschischen Zeitung“ Dr. Erich Krämer: „Der Kapitalismus hat für die mannigfaltigen Ungerechtigkeiten, die von seinem Wesen niemals ganz zu eliminieren sind, nur eine Rechtfertigung: den Erfolg. Schwindet der, so wird seinen Verteidigern das wirksamste Argument ihres Plädoyers genommen. Schon in den Septemberwahlen hat das deutsche Volk erkennen lassen, daß es in seiner Mehrheit Gegner des kapitalistischen Systems ist. Niemand darf sich darüber täuschen, daß durch das, was wir in den letzten Wochen erlebt haben, ihre Schär erheblich gewachsen ist. Immer geringer werden die Kreise, die sich damit abfinden wollen, daß in dem heutigen Zustand unserer Wirtschaft einigen wenigen eine ungeheure Macht in die Hände gegeben ist, die sie ohne Kontrolle zum Besten ebenso wie zum Nachteil des Ganzen ausüben können.“

Doch können diese Äußerungen nicht dazu verleiten, daß die Vertreter der kapitalistischen Idee ihren Irrglauben aufzugeben bereit wären. Unsere sogenannten „Wirtschaftsführer“ sehen auch jetzt noch den Ausweg aus der Krise in dem Abbau der Löhne und Gehälter, der sozialen Einrichtungen, überhaupt aller Erzeugnisse der Arbeiterschaft. Dabei haben die Zusammenbrüche großer Wirtschaftsgebilde mit eindringlicher Deutlichkeit die Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems bewiesen. Nicht ist die öffentliche Hand daran schuld, auch liegt die Schuld nicht bei den gewerkschaftlichen Organisationen, auch nicht bei den gemeinnützigen Einrichtungen, sondern einzig und allein bei den „Wirtschaftsführern“ selbst, daß die Krise einen solchen Umfang angenommen hat. Es klingt wie Hohn, wenn der Arbeitgeberverband der Nordwestdeutschen Schwerindustrie in seinem neuesten Geschäftsbericht erklärt: „Es würde für den Augenblick die glücklichsche Lösung sein, sämtlichen Tarifverträgen von Gesetzes wegen einen Lohnspielraum zu geben dergestalt, daß die einzelnen Betriebe durch Vereinbarung mit ihren Belegschaften die Tariflöhne um einen gewissen Prozentsatz unterschreiten dürfen.“

Solange die Unternehmer eine solche Auffassung vertreten, werden wir aus der Krise nicht herauskommen. Uns zeigt dies, daß die Unternehmer verstockt und verbohrt sind, daß sie aus den Ereignissen nichts gelernt haben und nichts lernen wollen. Die Überwindung des Kapitalismus wird daher auch nicht mit schönen Redensarten erreicht, sondern durch den entschlossenen Kampf für die sozialistische Wirtschaftsordnung. Wenn Owen Young uns dabei helfen will, so ist er uns als Mitstreiter herzlich willkommen. Wir aber wollen uns auf unsere eigene Kraft verlassen. E. N.

## Die Angst vor der Kontrolle

Nachdem die deutsche Reichsregierung ihren Willen kundgegeben hat, eine Organisation zur Kontrolle der Banken zu schaffen, sind die Unternehmer und die Vertreter der sogenannten „freien“ Wirtschaft ganz aus dem Häuschen. Sie glauben, daß es bei der Kontrolle der Banken nicht bleibt. Ueberdies ist die Bankenkontrolle eine so einschneidende Handhabe, daß damit mit Leichtigkeit große Teile der Wirtschaft direkt und indirekt nach bestimmten Richtungen gelenkt werden können. Die Vorschläge, die in der „Gewerkschaftszeitung“ über ein Kontrollamt der Banken veröffentlicht wurden, haben wie eine Bombe eingeschlagen. Man kann daraus schließen, daß diese Vorschläge gut waren. Nicht ganz mit Unrecht befürchteten Unternehmerkreise, daß ein Kontrollamt nach den Vorschlägen der Gewerkschaften ein wesentlicher Faktor zur Einführung der Wirtschaftsdemokratie sein würde und Weiterungen nach sich zieht. Vor einer solchen Entwicklung haben sie Angst. Wie sich diese äußert, dafür eine Auslassung der Wirtschaftszeitung „Rhein und Ruhr“, Heft 33:

„Während der Reichstanzler in seiner Rundfunkrede ausdrücklich betonte, daß seine Vorschläge und Pläne „keinen Schlag gegen das freie Bankgewerbe“ bedeuten würden, benutzt Naphtali diese Ankündigung zu einem großzügig angelegten Kriegszug gegen die gesamte Privatwirtschaft. Denn es ist offensichtlich und entspricht durchaus der Taktik von Naphtali, daß das von ihm vorgeschlagene Bankentamt mit seinen bereits sehr weitgehenden Befugnissen nur den Grundstein für einen umfassenden wirtschaftsdemokratischen Umbau der gesamten Privatwirtschaft bilden soll. Der Vorschlag der Sonderkommission für einzelne Wirtschaftszweige läßt eindeutig erkennen, wie Naphtali sich die schrittweise Eroberung der einzelnen Zweige der Privatwirtschaft denkt. Nach und nach würde dieser wirtschaftsdemokratische Generalschlag sich in die einzelnen Industrieriechere einschalten und sehr bald den Nachweis führen, daß es mit der rein bankmäßigen Kontrolle noch nicht getan ist. Den Staatskommissionären bei den Großbanken würden in absehbarer Zeit Staatskommissionäre bei den Großfirmen der Industrie und des Handels zur Seite treten. Die dann weiter folgende Entwicklung überlassen wir der Phantasie unserer Leser.“

Der Schriftleiter der oben genannten Wirtschaftszeitung, Dr. Dietrich, hat im großen und ganzen die mögliche Entwicklung richtig gezeichnet. Daß bei manchen großen Industriewerken eine Kontrolle ebenfalls dringend am Platze wäre, hat der Nordwollensandal bewiesen. Aber aus der Polemik der Zeitschrift „Rhein und Ruhr“ leuchtet nur zu deutlich die Angst vor der Kontrolle hervor. Desto eifriger müssen die Gewerkschaften eine solche Forderung und sich durchzusetzen versuchen.

## Eigentümliche Versteinerungen im Sandstein

Befinden sich in verschiedenen Gegenden der Territorien von Nebraska und Wyoming in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Diese sonderbaren Gebilde sind etwa zwei bis drei Meter lang, bestehen aus einem ziemlich eng gewundenen spiralförmigen Steinkörper von etwa 25 Zentimeter Dide und stehen aufrecht in dem sie umgebenden Gestein, aus dem sie hin und wieder von Fingern ziemlich leicht losgelöst werden können. Sie haben eine auffallende Lehnlichkeit mit den gewöhnlichen Korzkiefern und werden auch deswegen in ihrer Vorkommensgegend vielfach als solche bezeichnet; nur soll sie der Teufel hergestellt haben, weshalb sie auch unter dem Namen der Teufelskorzkiefer dort bekannt sind. Es sind sehr merkwürdige Gebilde, deren Spiralen meist an ihrem unteren Ende in einen mehr wagenrechten Arm von länglicher Form übergehen. Die Annahme eines Forschers, daß es sich um Versteinerungen einer riesenhaften Schnecke handeln könne, ist aber endgültig widerlegt worden. Wohl handelt es sich um tierische Einflüsse oder Einwirkungen bei diesen merkwürdigen Gebilden, aber nicht um Riesenschnecken, sondern um ein Tier, das einst in der Erde lebte und von dem man in den Gegenden der Teufelskorzkiefer auch Skelette gefunden hat. Sein Entdecker, Perison, vom Carnegie-Museum in Pittsburgh, benannte das Tier Stenofiber. Nach seinen Forschungen sind die sonderbaren Spiralen festgewordene Ausfüllungen von einst hohl gewesenen Gängen eines in der Erde lebenden Tieres. Man fand Skelette eines Nagetieres, das etwa die Mitte zwischen Kaninchen und Hamster hielt und das sein Entdecker, wie schon erwähnt, Stenofiber nannte. Das Tier hatte nach dem Körperbau auch Verwandtschaft zu den Bibern. Es hatte also wie die Kaninchen und viele andere Nagetiere auch seine Erdgänge und Höhlen und mußte sich wahrscheinlich in den damaligen Zeiten, auch mit dem Bau und dessen Zugängen in den verschiedenen Bodenarten befassen. Jedenfalls ist der Boden dort noch kein Sandstein gewesen, aber vielleicht ein solcher in Bildung begriffener. Der spiralförmige Bau der zum Neste führenden Röhre ist allerdings sehr merkwürdig, läßt sich aber leicht erklären, wenn man überlegt, daß das Herauslettern aus einer tiefen senkrechten Röhre den Tieren recht beschwerlich fallen mußte. Eine Spirale läßt sich viel leichter ersteigen und so entpuppen sich die Korzkiefer als regelrechte Wendeltreppen, im Tierreiche Laufende von Jahren vor den Menschen erfunden. In dem

zur Entstehungszeit noch wahrscheinlich ziemlich weichen Sande angelegt, sind diese Röhren später überschwemmt und mit Sand ausgefüllt worden, der später zu Sandstein erhärtete und die auf fallenden Spiralen lieferte, deren Herkunft man sich viele Jahre lang nicht erklären konnte. Es ist dies ein neuer Beweis dafür, wie sich das Wachstum der Steine, ihre Veränderungen durch Klima und andere Umstände vollzieht und die Wissenschaft über Mineralogie so interessant macht.

## Der Steinschmäger

Auch die Steine, die Steinhalden, Steingruben und die großen unwirtschaftlichen Steinfelder von Gebirgen finden unter den Vögeln Liebhaber, und vor allem ist es ein ziemlich wenig bekannter, aber doch recht hübscher Verwandter unseres Rotkehlchens, der eine große Verbreitung in mehreren Arten besitzt, hauptsächlich in Europa vorkommt. Das deutsche Volk hat sich mit diesen Vögeln viel beschäftigt, und es gibt wohl kaum einen Steinarbeiter, der diese Tierchen nicht kennt. Das geht schon aus der Menge von vielen Bezeichnungen hervor, die dem Steinschmäger in den verschiedenen Gegenden Deutschlands zuteil geworden sind. Außer Steinschmäger trägt der Vogel noch viele andere Benennungen, die aber alle in Verbindung mit dem Begriff des Steines stehen, zum Beispiel Steinselster, Steinmieder, Steinsänger und dergleichen mehr. Auf körperliche Eigentümlichkeiten gehen die Bezeichnungen Weißschwanz und Weißbüchel, und mehr ins Phantastische weist der Name Totenvogel, über dessen Ursprung nichts Sicheres bekannt ist. Möglicherweise hängt diese letzte Bezeichnung damit zusammen, daß der Vogel wegen seiner Liebhaberei für den Aufenthalt in Steingerollen an manchen Orten vorkommt, wo sich sonst kein Tierleben bemerkbar macht. Brehm berichtet, daß er ihn beispielsweise als einen der letzten Vertreter des Lebens im nördlichsten Skandinavien und namentlich überhaupt in unmittelbarer Nähe von Gletschern sowohl in Norwegen, wie in den Alpen gefunden habe. Es hat sogar den Anschein, als ob der Steinschmäger eine vollkommene wüste Landschaft geradezu bevorzugt. Auf der anderen Seite sucht sich der Steinschmäger Versteinerungen aus, die so sehr in unmittelbarer Nachbarschaft der menschlichen Kultur stehen, daß kein anderer Vogel dort sein Nest bauen würde. Er kann nämlich geradezu als ein Eisenbahn- oder Schienenvogel bezeichnet werden; denn er besitzt die Gewohnheit wegen der Unterschotterung der Schienen mit Steinen die Schienenstränge einer Eisenbahn weithin durch ebenes Gelände zu verfolgen. Nicht selten wählt er seinen Nestplatz in einer Ver-

tiefung unmittelbar neben oder gar zwischen und unter den Eisenbahnschienen und sitzt dort und brütet, ohne sich durch die fahrenden Eisenbahnzüge, ihren Lärm und die von ihnen verursachten Erschütterungen stören zu lassen. Diese Tatsache ist um so merkwürdiger, als sich nicht einsehen läßt, weshalb dieser sonst an die größte Einsamkeit gewöhnte Vogel den Hang verspürt, sich den unruhigsten Platz zur Ansetzung auszuwählen. Die Steinschmäger gehören eigentlich zur Familie der Drosseln und zur Ordnung der Sperlingsvögel; sie singen ganz niedrig und werden in Italien, Griechenland und auf Malta als Stubenvogel gehalten. Selbstverwehle gelingt dies aber nicht in Deutschland, hier sind bisher alle gefangenen Exemplare wegen ihrer Wildheit in der Gefangenschaft zugrunde gegangen. B.

## Verstand und Tatkraft

Nicht das Hassen, nicht das Grollen führt dich an das Ziel, Nicht ein blindes Uebelwollen Sprengt das Glendstiel! Dämpfe drum die dumpfen Triebe Deiner Sinne Qual, Kämpfe mit Verstand und Liebe Für dein Ideal! Kämpfe streng aus Ueberzeugung, Mit gesundem Sinn, Strebe ohne Nackenbeugung Nach dem Ziele hin! Nur wenn Mut und Ueberlegung Uns zur Tat begeistern, Dann wird unsere Bewegung Ihre Gegner meistern! Darum laß das wüste Grollen, Das ist Müll und Sand; Wenn im Kampf wir siegen wollen, Hilft uns nur Verstand, Der mit Tatkraft und mit Mut Willensstark vermählt ist — Güte dieses hohe Gut! Nur wer so befestigt ist, Der wird nimmer unterliegen, Und er wird im Kampfe siegen! T a e f s.



# Rundschau

**Der Rügendam** — von dem im „Steinarbeiter“ bereits geschrieben wurde — im Bau! Die Bohrarbeiten zur Unterjochung des Baugrundes für den Rügendam, der die Bäderinsel bei Stralsund mit dem Festland verbinden wird, haben bereits begonnen. Auch die Wegeverlegungsarbeiten, die in Stralsund und an der Greifswalder Chaussee nötig sind, wurden schon in Angriff genommen. Durch Entgegenkommen der Reichsbahnverwaltung Stettin konnte — wie die „Völkische Zeitung“ vom 26. August 1931 berichtet — die Bauunternehmung für den Rügendam (10 Millionen Mark) um 200 000 Mark gesenkt werden.

**Steigerung der Arbeitslosigkeit.** In der Zeit vom 15. Juli bis 15. August hat die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland um 148 000 zugenommen. Mitte August waren 4 104 000 Arbeitslose vorhanden. Die nicht geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit ist nach dem Bericht der Reichsanstalt zum Teil auf die Auswirkungen der Kreditkrise zurückzuführen. Das Einbringen der Ernte hat eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes nicht zur Folge gehabt. Die Reichsanstalt stellt fest, daß die Arbeitsmarktlage in der Landwirtschaft durch eine starke Verwendung von Maschinen und durch das unmittelbare Angebot wandernder Arbeiter gekennzeichnet sei. Eine Besserung ist in fast keinem Berufszweig zu erblicken. Die Aussichten sind also trübe. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit um 150 000 in einem Monat im Hochsommer läßt die Schwierigkeiten der Wirtschaft sehr deutlich erkennen.

**2,5 Millionen Personen in öffentlicher Fürsorge.** Das Statistische Reichsamt veröffentlicht die Ergebnisse der Reichsfürsorgeerhebungen 1929/30. Der Personenkreis der unterstützten Hilfsbedürftigen setzt sich im Bereich der Bezirksfürsorgeverbände aus folgenden Gruppen zusammen. 78 000 Kriegsbeschädigte, 726 000 Sozialrentner, 267 000 Kleinrentner und 1 578 000 sonstige Hilfsbedürftige. Insgesamt beträgt die Zahl von den Fürsorgeverbänden betreuten Hilfsbedürftigen 1 986 000. Wohlbedeutend, es handelt sich bei diesen Personen nicht um Kriegsbeschädigte oder Sozialrentner schlechthin, sondern um diejenigen Personen aus diesen Gruppen, die über ihre regelmäßigen Bezüge hinaus durch Zusatzunterstützung usw. der öffentlichen Fürsorge unterstellt sind. Unter den sonstigen Hilfsbedürftigen befinden sich auch die Wohlfahrtsrentner. Seit Frühjahr 1930, wo die hier zur Behandlung stehende Erhebung durchgeführt wurde, haben sich die Wohlfahrtsrentner sehr wesentlich vermehrt. Auf die städtischen Bezirksfürsorgeverbände entfallen 55 bis 60 v. H. aller unterstützten Personen, während der Einwohnerzahl nach sich die städtische Bevölkerung auf 40 v. H. stellt. Die Gesamtzahl der von den Bezirksfürsorgeverbänden unterstützten Personen wird auf 3,2 Millionen zu schätzen sein. Zu den von den Bezirksfürsorgeverbänden betreuten Hilfsbedürftigen treten noch diejenigen, die von den Landesfürsorgeverbänden betreut werden. Diese Zahl beziffert sich auf 466 000 Personen. Die gesamte Nettofürsorgeleistung im Deutschen Reich betrug im Rechnungsjahr 1929/30 1 578 Millionen Mark. Jede Partei erforderte im Durchschnitt einen Betrag von 349 Mark. Auf den Kopf der Bevölkerung waren für die Unterstützung der Hilfsbedürftigen 25,29 Mark aufzubringen. In diesen hier mitgeteilten Zahlen offenbart sich ein Stück der deutschen Sozialpolitik. Der Anspruch dieser Hilfsbedürftigen leitet sich aus den Gesetzen her, die nach 1918 geschaffen wurden. Auf sie richtet sich die Kritik der Reaktionen aller Schattierungen. Die Arbeiter sollten aber erkennen, daß die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei diese Gesetze befürwortet haben und ihrem Einfluß die Art Sozialpolitik zu danken ist.

**Verluste der Ortskrankenkassen.** Die Jahresberichte der Ortskrankenkassen wirken als Schlaglichter auf die Zustände der Wirtschaft. Beim Studieren derselben wird einem manches offenbar, was sonst nicht berücksichtigt wird. So lesen wir zum Beispiel in dem Bericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hamburg für das Jahr 1930, daß die Beiträge äußerst schlecht einzubringen sind. Die nachfolgenden Sätze aus diesem Bericht sind als ein Zeichen der Zeit zu werten:

„Um in den Besitz der Beitragsrückstände zu gelangen, mußte die Kasse im Berichtsjahre in 60 592 Fällen das Gerichtsvollziehersamt um zwangsweise Einziehung ersuchen. Von diesen Zwangsvollstreckungsersuchen konnten 8537 mit einem Gesamtrückstand von 880 967,58 RM. wegen Unpfändbarkeit der Schuldner nicht durchgeführt werden, was wiederum eine erhebliche Steigerung der Schwierigkeiten in der Einziehung der Beiträge dem Vorjahre gegenüber bedeutet. Termine zur Leistung des Offenbarungseides hat das Amtsgericht in 3386 Fällen (im Vorjahr in 3090 Fällen) anberaumen müssen. Außerdem mußte in 198 Fällen ein Kassenvorstand zur Wahrnehmung von Strafterminen entsendet werden. Nach Auskunft der Strafnachrichtentanzlei wurden im Jahre 1930 415 Arbeitgeber bzw. deren gesetzliche Vertreter wegen Vergehens gegen die Beitragsablieferungsbestimmungen in der RVO. und im RWVG. verurteilt. Die 415 Arbeitgeber schuldeten der Kasse an hinterzogenem Beitragsrückstand 233 388,83 RM. Das Strafmaß belief sich auf insgesamt 640 Tage Gefängnis und 18 780 RM. Geldstrafen.“

Allein bei den Zwangsvollstreckungsersuchen war ein Verlust von 880 967 RM. aus Beiträgen zu verzeichnen. Außerdem war die Ortskrankenkasse Hamburg gezwungen, gegen die Unternehmer strafrechtlich vorzugehen, die ihre Beiträge nicht ablieferten. 640 Tage Gefängnis und 18 780 Mark Geldstrafe reden eine deutliche Sprache. So haben die Krankenkassen auch von dieser Seite große Schwierigkeiten zu überwinden.

**11,6 Millionen Tonnen Ruhrkohlen.** Die Kohlenberge an der Ruhr umfassen 11,6 Millionen Tonnen oder 116 Millionen Doppelzentner. Diese riesige Kohlenmenge hat einen Wert von rund 200 Millionen Mark. Die Ruhrkohle kostete Ende 1913 14 Mark. Jetzt wird eine Tonne Stückkohle mit 20,10 Mark verkauft. Der Preisaufbau ist also nicht gering. Man sollte erwarten, daß die Ruhrindustriellen schleunigst ihre Halben Kohle zu verringern bemüht sein müßten. Wir sind überzeugt davon, daß eine Preisermäßigung selbst in dieser Zeit eine Verstärkung des Kohlenabsatzes mit sich bringen würde. Warum geht man nicht diesen einfachen und einzig wirksamen Weg? Die Sucht nach hohen Preisen hindert daran.

**Die Erneuerung des Ruhrkohlenyndikats.** Unter dem Titel Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat AG. besteht 38 Jahre hindurch ein Kartell, welches zu den festesten dieser Art gehört und den meisten Organisationen dieser Art als Muster dient. Der alte Vertrag war jetzt abgelaufen und mußte nun wiederum um die Erneuerung gerungen werden. Seit Bestehen des Kohlenwirtschaftsgehekes hat man sich bei Erneuerung des Kohlenyndikats keine allzu große Mühe gegeben. Man überließ es der Regierung, die auseinanderstrebenden Jochenbesitzer zwangsweise wieder zusammenzuschließen. Bereits in der Notverordnung wurde gesagt, daß die Regierung nicht an einen zwangsweisen Zusammenschluß denkt. So mußte man sich wohl oder übel bemühen, eine freiwillige Verständigung herbeizuführen. Langwierige Verhandlungen waren notwendig, um die widerstreitenden Interessen auf einen Kenner zu bringen. Die Schwierigkeiten lagen hauptsächlich in den Fragen der Umlageordnung und der Verbrauchs- und Verkaufsabteilungen. Nachdem im großen und ganzen eine Einigung erzielt war, beschloß man die Verlängerung des Syndikats auf die Dauer von 10 Jahren. Es wurde ein Schiedsgericht eingesetzt, welches alle noch strittigen Fragen klären soll. Kommt eine Einigung zwischen den Vertretern der einzelnen Gruppen zustande, so entscheidet der Obmann des Schiedsgerichts selbständig und endgültig. Als einzige Zechen ist ein kleineres Unternehmen, die Niederrheinische Bergwerks-AG., außerhalb des Syndikats geblieben. — Der Syndikatsgedanke hat wieder einmal gesiegt. Keiner wollte die Verantwortung für eine syndikatslose Zeit und dem damit verbundenen runden Konkurrenzkampf aller gegen alle auf sich nehmen. Soweit die Verbraucherschaft in Frage kommt, hat sie auch hinfort mit einer geschlossenen Gruppe der Kohlenzechen zu rechnen. Die Monopolgewalt eines Kartells wie das Ruhrkohlenyndikat wird allerdings etwas abgeschwächt in einer

Zeit, wo eine Kohlenmenge, die einer Förderung von 1 1/2 Millionen entspricht, auf den Halben liegt. Kapitalistische Organisationen, wie die hier in Frage stehende, haben ein zäheres Leben wie man im allgemeinen anzunehmen geneigt ist.

**Abbau der Arzthonorare in der Krankenversicherung.** Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 bezweckte bekanntlich eine Einsparung von etwa 10 Prozent der Kosten der Krankenversicherung zugunsten der Arbeitslosenversicherung. Der Zweck ist auch tatsächlich erreicht worden, allerdings nur unter schwerer Belastung der Versicherten. Inzwischen ist die Krankenversicherung selbst notleidend geworden. Mit den sinkenden Löhnen sind auch die Beiträge der Krankenkassen, die in Prozenten der Löhne berechnet werden, zusammengeschrumpft. Wenn nun auch das Krankengeld den Löhnen ebenso folgt wie andere Leistungen, erfordern die Sachleistungen, also ärztliche Hilfe, Krankenhauskosten usw., im wesentlichen dieselben Kosten wie früher. Auf die Dauer ist das für die Krankenkassen unerträglich. Die Kassen haben den Ärzten und übrigen Heilberufen deshalb bedeutet, daß auch sie, ebenso wie die Versicherten es schon getan haben, Opfer bringen müssen. Diese Bemühungen haben zum Teil Erfolge gezeitigt. In Verhandlungen, die am 31. Juli zwischen den Kassen- und Ärzteverbänden stattfanden, haben die Ärzte freiwillig eine Senkung der Arzthonorare zugestanden. Die Abschläge von den Honoraren, die die Ärzte den Kassen gewähren, bewegen sich je nach der Leistungsfähigkeit zwischen 10 bis 20 v. H. der im Vorjahre gezahlten Honorare. Es handelt sich zunächst um eine vorläufige Regelung, die durch eine endgültige möglichst bald abgelöst werden soll. Bemerkenswert ist, daß die Ärzte für die Endlösung ein System vorschlagen, das darauf hinausläuft, ihre Honoraransprüche eng mit den Löhnen der Versicherten zu verknüpfen. Es soll ein gleitendes Honorar für die Ärzte eingeführt werden, das automatisch den Löhnen der Versicherten folgt. Bei sinkenden Löhnen würde demnach das Honorar der Ärzte auch sinken, während es bei Lohnsteigerungen natürlich auch automatisch steigen würde. Wir halten diesen Vorschlag für grundsätzlich sehr beachtenswert. Ob er durchgeführt werden kann, läßt sich aber noch nicht übersehen. Die Vertreter der Betriebskrankenkassen haben bereits ihre Bedenken angemeldet, weil bei diesem System die Ärzte an der Lohnfestsetzung bei den Versicherten zu sehr interessiert würden. Die Betriebskassen mögen sich jedoch beruhigen. Die organisierte Arbeiterschaft wird auch ohne Hilfe der Ärzte ihre Lohnverhandlungen zu führen wissen.

## Poesie um die Bundeschule des ADGB

Wie man gegen den „Marxismus“ kämpft.

Als um 1924 der Verband Deutscher Buchdrucker sein neues Verbandshaus eröffnete, nahm die Presse allenthalben von dem beachtlichen Bauwerk Platz und das Blatt der Arbeitgeber des Buchdruckgewerbes knüpfte daran die Mahnung: den Prinzipalen möge der Pöferrinn der organisierten Arbeiter, der dies Haus erstellte, zum Vorbild dienen.

Seitdem sind einige Sommer ins Tal gestiegen, und abermals errichteten die freien Gewerkschaften ein Gebäude — die Bernauer Bundeschule. Aber auch die Technik der Kampfweisen gegen den „Marxismus“ erlebte inzwischen beträchtliche Fortschritte. Da entnehmen wir der Zeitung Volkswacht Nr. 62 eine Beschreibung des „Gewerkschaftsschulpalastes im Bernauer Forst“, deren Genuß auch denen nicht vorenthalten sei, die ebenso wenig wie wir wissen, was für ein treffliches Organ die Volkswacht ist, und welche Sorte Geist und Richtung sie vertritt.

Nach Darstellung „von einem sehr genauen Kenner“ ist die Bernauer Schule die „Spitzenleistung gewerkschaftlicher Prunkbauten“. „Vom Feuerstein das Feuer“ soll gerade noch gut genug sein, um in dieser Rednerschule, in der in vierwöchigem Turnus jeweils 120 angehende Gewerkschaftssekretäre ausgebildet werden, diesen zehn Duzend ein Leben „in einem unerhörten Luxus zu ermöglichen“. Der Speisal, die große Turnhalle, Bibliothek, Rauchsalon und „die marmornen Bäder“ reizen diesen „Kenner“ zum Vergleich mit der lüfternen Prokerei auf einem allerneuesten Ozeanriesen. Neben „allem erdenklichen Waschkomfort“ eine Delieigungsanlage aus USA. — „Sie ist die größte auf unserem Kontinent, der sich solch teuren Spaß sonst nicht leisten kann“. Ueberhaupt ist es kaum zu sagen, was den „angehenden Gewerkschaftssekretären“ noch an faulem Zauber geboten wird. In den „Miliardärpalästen eines Vanderbilt oder Morgan“ mag vielleicht noch derlei Brimborium zu entdecken sein, sonst nirgendwo. „Eine von Berlin elektrisch gesteuerte Uhr läutet die Tageseinteilung ein“. Und tritt zum Zeitvertreib gar einer ans Rednerpult, so leuchtet der Hintergrund „geheimnisvoll auf, den Redner in eine magische Beleuchtung stellend“. Selten genug wird allerdings dieser Theatereffekt nötig sein, denn ein „Stadion“ und ein „See, dessen Grund mit einer besonderen Masse ausgelegt ist, um das Wasser klar zu halten“, bieten zwischen zwei Schlemmermahlen genug Amüsement, um den Unterricht entbehrlich zu machen. Und den Harem hat der „sehr genaue Kenner“ dieses gewerkschaftlichen Serails doch nur zu erwähnen vergessen oder in der ihm eigenen Verschämtheit verschwiegen. Im übrigen sitzen die Glücklichen „in der Veranda, genießen die würzige Luft, Abendfrische umgibt sie, die Sonne neigt sich, hüllt den Himmel in zartes Rot und aus dem nahen Wald tritt in der Dämmerung Wild heraus“. Wahrhaftig, würde das arme Viehzeug ahnen, wie es von diesen marxistischen Unternehmern (so heißt es doch wohl in der Fachsprache des poetischen Autors) in listiger Weise als dekorativer Hintergrund für ihr müßiges Väterleben mißbraucht wird — es würde voll Scham in seine Wälder entfliehen!

Doch nun fragen wir uns vergeblich: Warum gründet man heutzutage noch Bank- oder Industriekonzerne und wirtschaftet sich und andere bankrott, um irgendwo in der Schweiz oder in deutschen Süden sich ein Palais im Stile „eines Morgan oder Vanderbilt“ zu bauen, wenn man sich nur dem ADGB. als Redner zu empfehlen braucht, um das Prasserdasein im Prunkpalast von Bernau zu genießen?

Wie gelangt: Wir kennen die Volkswacht, der kommende Geschlechter die farbenvolle Schilderung eines „unerhörten Luxus“ unserer Tage verdanken, selber nicht. Es wäre uns auch nicht in den Sinn gekommen, auf den dort zusammengefügten Hintertreppenterricht auch nur mit der Stiefelspitze zu zeigen, wäre nicht das ganze Müllhäufchen aufgefunden worden von der — Deutschen Bergwerkszeitung. Dieses großindustrielle Organ weiß so gut wie wir, daß diese Darstellung der Bundeschule nichts weiter ist, als ein grotesker Riß, und daß, von allem anderen Anfinn zu schweigen, den „Waschkomfort des Schulpalastes“ nur der als ausschweifend empfinden kann, dessen Waschbedürfnisse unter dem in Deutschland gültigen Durchschnitt steht. Die Bergwerkszeitung weiß so gut wie wir, daß in Bernau keine „Rednerschule“ ist, in der monatlich „angehende Gewerkschaftssekretäre“ ausgebildet werden, daß vielmehr die dortigen Schüler Arbeiter sind aus der Werkstatt, in die sie zurückkehren, nachdem ihnen einige Grundkenntnis von Wirtschaft und sozialem Recht vermittelt wurde (und denen allerdings oft genug von den Arbeitgebern die Beurteilung verweigert wird — wie die Bergwerkszeitung auch wissen dürfte!). Vor allem hätte das Arbeitgeberblatt die Möglichkeit gehabt, sich zuverlässig zu unterrichten, ehe es die deutsche Gewerkschaftsbewegung der schamlosen Verschleuderung von Mitgliedergeldern verdächtigt. Wir werden nicht zum Richter laufen wegen eines Angriffs, der sich selbst richtet. Viel größer wäre die Versuchung, das schöne Dokument jeder neuen Schülergarnitur von dem bewußten „magisch erleuchteten Rednerpult“ herab vorzulesen mit dem Hinweis auf die Deutsche Bergwerkszeitung. Dann ginge die „sozialistische Heilslehre“, wie der Verfasser sich ironisch ausdrückt, nochmal so gut ein. Denn die Hörer würden sich (so ihnen das luxuriöse Palastleben dazu Zeit läßt) Gedanken darüber machen, wohin es mit einer herrschenden Schicht gekommen ist, die sich einstmals so gern auf „Bess und Bildung“ berief, die alltäglich über „Klassenkampf“ und „Volksverheerung“ in der sozialistischen Bewegung klagte. Als Kommentar wäre allenfalls die Frage hinzuzufügen: — wo, außerhalb Deutschlands, von den Repräsentanten der bestehenden Wirtschaftsordnung in diesem Ton und mit diesen Mitteln gegen die größte Arbeiterorganisation des Landes gehetzt wird? — Vielleicht erklärt dies mancherlei an unseren Zuständen.

# Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

**Gau 2.** Vor Arbeitsaufnahme bei der Firma Joseph Dittrich, Marmor- und Granitwerke Borkendorf, Kreis Reiche (D.S.), wird gewarnt. Die Firma ist außerstande, die Löhne zu bezahlen!

**3. Gau.** Nach Leipzig und Chemnitz muß Zugang von Marmorarbeitern unterbleiben! — In Rodewitz verfuhr die Firma Johann Petasch, Granitschleiferei, mit allen Mitteln die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

**7. Gau.** In Schwarzenbach (Oberfr.) ist die Firma Morgen-eier & Schöner wegen Maßregelung gesperrt.

**11. Gau.** In Lübeck stehen die Steinmeger im Lohnkampf. —

## Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

**Berjammlungen:**

Sonnabend, 5. September:  
In Charlottenburg um 19.30 Uhr bei Köhlig, Schloßstr. 45.

Sonntag, 6. September:  
In Schlawa um 14 Uhr im Gasthof Luks.

**Dhlan.** Die nächste Mitgliederversammlung findet nicht am 6. September, sondern erst am 13. September statt, und zwar in Märdorf bei Frau Gastwirtin Ludwig. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es jedem Kollegen seine Pflicht, zu erscheinen. Mitgliedsbücher mitbringen. J. W.: Joseph Reichelt.

**Lithographiesteinbezirk.** Im Bezirk sind etwa 95 Prozent arbeitslos, deshalb wird ab 1. September jede örtliche Unterstützung an durchreisende Verbandsmitglieder bis auf weiteres eingestellt. Die Bezirksleitung.

**Verlorene Mitgliedsausweise.** In Ettringen das Verbandsbuch Nr. 32 146 für Josef Spizkei, Steinmeger.

**Am Ort zureichend und in Arbeit tretende Kollegen** melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung! — Dieser Hinweis gilt für alle Berufsgruppen und alle Zahlstellen. Eine besondere Bekanntmachung dieser Art für einzelne Zahlstellen ist deshalb überflüssig. Zu beachten: Sperrebruch ist gleichbedeutend mit Streikbruch.

## Adressenänderungen

1. Gau: Jüterburg. Kass.: Otto Behrendt, Belowstr. 2. —
5. Gau: Elberfeld. Vorst.: Stefan Schmitz, Wiesenstr. 17, IV. —
6. Gau: Duisburg. Vorst.: Wilh. Fiedler, Sonnenwall 49, II. —
8. Gau: Maroldsweisach. Vorst. (Stellvertreter): Robert Hegler.
11. Gau: Lüneburg. Kass.: Ernst Riedmann, Lüne bei Lüneburg, Lüneburgerweg 24, II. —

## Briefkasten

**Zeitungsbeschwerden.** Von der Nr. 32 bis 35 des „Steinarbeiter“ ab wurden in der Verbandsstelle die Stückzahlen der den Zahlstellen überwiesenen Zeitungen mit der Mitgliederzahl in den Zahlstellen in Einklang gebracht. Sollte trotzdem an einzelnen Orten ein Mehrbedarf vorhanden sein, muß das der Verbandsstelle mitgeteilt werden.

**Steuer und Altersrente.** Wenn Arbeitseinkommen und Altersrente zusammen das steuerfreie Einkommen (monatlich 100 Mark) übersteigen, muß der überschüssige Betrag nach dem Einkommensteuergesetz versteuert werden. Das ist übrigens schon wiederholt an dieser Stelle an Beispielen näher dargelegt worden.

**Bad Vibra.** Das richtet sich nach den statistischen Bestimmungen der dortigen Landkrankenkasse. Geschied ist die Beschränkung zulässig, wenn es im Statut festgelegt wurde. In unserer örtlichen Krankenkasse gibt es darin keine Beschränkung, wohl in den meisten nicht.

## Anzeigen

**Berlin** Sonntag, den 6. September, findet in Treptow im Lokal „Sonnenwende“ unser diesjähriges **Gewerkschaftsfest** statt. Eintritt 50 Pfg. Jugendliche und Lehrlinge 25 Pfg. Erwerbslose beim Vorzeigen der Stempelkarte freien Eintritt.

**Steinarbeiterhosen** aus III-Drahtleder mit 12er Schuh u. Ledertaschen 11,50 Mk., aus II-Drahtleder 8.— und 6.— Mk., **Maurersocken** 1,10 Mk. Echt Lindner-Manchesterhosen Qual. I 15.—, II 11,50, III 10.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. **Emil Hohlfeld, Dresden 6, Ritterstr. 2** (Spezialfabrik für Berufskleidung)

**Pflasterhämmer** aus bestem Schweisstahl, **Rammen, Brechstangen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb **Otto Teske, Berlin N 31** Brunnenstraße 82

## Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Guhrau. Am 13. August der Rammer Wilhelm Reichelt, 30 Jahre alt, tödlicher Unglücksfall.
  - Aue. Am 14. August der Schmieid Hugo Thümmler, 44 Jahre alt.
  - Hauzenberg. Am 22. August der Steinmetz Franz Hausteiner, 43 Jahre alt, tödlicher Unglücksfall.
  - Berlin. Am 24. August der Sandsteinmetz Johann Maier, 40 Jahre alt, Unfall; am 26. August der Sandsteinmetz Paul Herzfeld, 54 Jahre alt, 10 Monate krank, Lungentuberkulose.
  - Mainz. Am 24. August der Steinmetz Joseph Warmuth, 59 Jahre alt, 20 Monate krank, Hirnschlag.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Wiedler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Wo sitzen die Staatsrentner?

Der Kampf gegen die Sozialversicherung

Von A. Knoll

Das beliebteste Argument aller offenen und geheimen Gegner der heutigen Sozialpolitik ist, daß die deutsche Arbeiterklasse einer Art von Rentenpsychose verfallen ist oder zu verfallen droht, die sich letzten Endes zu einem gefährlichen „Staatsrentnerium“ auszuwachsen drohe.

So blöd diese Vorwürfe auch sind, so leicht sie jeden Tag durch die Tatsachen widerlegt werden können — so steht doch fest, daß ein ziemlich breites Publikum daran glaubt und demzufolge mit auf die „faulen Arbeiter“ schimpft, die keine Lust zum Arbeiten haben und sich nur noch vom Staat ernähren lassen wollen.

Nur nebenbei sei bemerkt, daß es sich, politisch gesehen, um den Ausfluß einer Gesinnung handelt, die im Arbeiter lediglich — ein Objekt der Staatspolitik sieht, der Arbeiter also kein Recht der Mitwirkung am Staatsleben zuerkennt.

Doch nun zu der Frage: Wo sitzen eigentlich die Staatsrentner, d. h. nicht die sozusagen theoretischen, sondern die praktischen, also jene, die schon längst vom Staate Renten beziehen und noch täglich höhere Renten beanspruchen, Renten in einer Höhe, gegen die die sämtlichen Sozial- und sonstigen Arbeiterrenten verschwindend gering sind?

Wo war die Entriistung dieser Kreise, als seinerzeit kurz nach dem Ruhrkampf die westliche Schwerindustrie vom Reiche über 700 Millionen Goldmark als „Entschädigung“ erhielt?

Ist es nicht eine vollendete Staatsrentnerschaft, wenn diese selbe Großindustrie unter Ausnutzung der von ihr maßgebend beeinflussten Schutzpolitik in der Vor- und Nachkriegszeit enorme Gewinne eingehemmt hat — auf Kosten der inländischen Verbraucher?

Ist es nicht in der deutschen Landwirtschaft, besonders soweit der Großgrundbesitz in Frage kommt, genau dasselbe? Mühten wir seit den neunziger Jahren nicht immer deutsches Getreide, deutsche Brotfrucht, in Deutschland teurer bezahlen als der ausländische Käufer?

Und wie steht es in moralischer Hinsicht mit jenen tatsächlich unschätzbar hohen Renten, die sich heute und gleichfalls zum Teil schon seit Jahren und Jahrzehnten fast alle Produzentkreise sichern und gesichert haben durch den Zusammenschluß in preisregulierenden Körperschaften, wie Kartellen, Trusts und Syndikaten?

Und wie steht es in moralischer Hinsicht mit jenen tatsächlich unschätzbar hohen Renten, die sich heute und gleichfalls zum Teil schon seit Jahren und Jahrzehnten fast alle Produzentkreise sichern und gesichert haben durch den Zusammenschluß in preisregulierenden Körperschaften, wie Kartellen, Trusts und Syndikaten?

Ja, die Dinge liegen doch so, daß selbst den Besitzern stillgelegter Werke auf Jahre und Jahrzehnte hinaus ihre Renten vertraglich gesichert sind, die natürlich von den noch in Gang befindlichen Werken mit herausgewirtschaftet, d. h. zum großen Teile, vielfach ganz und gar, aus den Knochen der Arbeiter herausgeholt werden.

Großunternehmen ihre Rente sicherte? Reichsgarantie! Was ist das, was bedeutet das? Das bedeutet, daß jeder einzelne von uns, auch du, der du dieses liest, dazu beigetragen hat, daß jenen Kapitalisten und ihren Gläubigern ihre Renten gesichert bleiben...

Man sieht, es ist so eine Sache um das Staatsrentnerium: es gibt da, wie der Berliner sagt: „solche“ und „solche“ — die einen, das sind die Arbeiter, die ihre Renten erst einmal selbst erarbeiten müssen: das sind die „schlimmen Elemente“, die durch die Renten faul und unmoralisch werden — und die anderen, die ihre Renten von anderen erarbeiten lassen: das sind die feinen und anständigen Leute, sozusagen die geborenen Staatsrentner, die Blüten der Nation.

Man wird uns entgegenhalten, daß die verschiedenen „Stützungsaktionen“, die hier angebeutet wurden, auch eingeleitet worden sind im Interesse der Arbeiterklasse. Wir hätten nichts dagegen, daß Leuten, die sich als unfähig zur Leitung großer Wirtschaftsunternehmen erwiesen haben und dadurch in Not geraten, Arbeitslosenunterstützung gewährt würde und sie somit auch „Staatsrentner“ würden.

Man wird uns entgegenhalten, daß die verschiedenen „Stützungsaktionen“, die hier angebeutet wurden, auch eingeleitet worden sind im Interesse der Arbeiterklasse. Wir hätten nichts dagegen, daß Leuten, die sich als unfähig zur Leitung großer Wirtschaftsunternehmen erwiesen haben und dadurch in Not geraten, Arbeitslosenunterstützung gewährt würde und sie somit auch „Staatsrentner“ würden.

Das ist, als wenn sich die Drohnen darüber entzünden, daß auch die Arbeitshienen leben wollen.

Wirtschaftsplan und Arbeiterschaft

In wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht erwachsen Reich, Länder und Gemeinden immer mehr Aufgaben und Ausgaben, die sie mit Steuermitteln allein nicht mehr abdecken können.

Je mehr sich das Privatkapital zusammenballt, und das „freie Spiel der Kräfte“, die Konkurrenz, ausschaltet, der wägende und wagende Einzelunternehmer in den Hintergrund tritt, um so stärker verliert es seine eigentliche Existenzgrundlage.

Wir wollen uns nun einmal den Stand der öffentlichen Wirtschaft vor Augen führen. Dieselbe stellt mit ihrem, auf 52 Milliarden geschätzten Gesamtvermögen, innerhalb der deutschen Wirtschaft und dem mit 250 Milliarden angenommenen Volksvermögen einen beachtlichen Faktor dar.

Schon lange vor dem demokratischen Staatsprinzip gab es öffentliche Betriebe, beispielsweise im alten Rom und den mittelalterlichen Handelsstädten. Durch die steigenden Bedürfnisse des Heeres, entstanden später staatliche Berg- und Hüttenwerke, Munitionswesen und Tuchfabriken, Spinnereien u. a.

Schon lange vor dem demokratischen Staatsprinzip gab es öffentliche Betriebe, beispielsweise im alten Rom und den mittelalterlichen Handelsstädten. Durch die steigenden Bedürfnisse des Heeres, entstanden später staatliche Berg- und Hüttenwerke, Munitionswesen und Tuchfabriken, Spinnereien u. a.

In diesem Zusammenhang gewinnen die Zeitungsmeldungen an Bedeutung, wonach die Reichsregierung angeblich einen „Wirtschaftsplan“ vorbereite. Es läßt die Vermutung aufstauen, als ob das, was diesmal auf legalem Wege nicht zu erreichen war, so hintenherum durchgedrückt werden soll.

Das Bestreben, die Preise hochzuhalten, ist nicht neu. Schon seit Jahrzehnten wird der Abfall mehr oder weniger durch das Angebot reguliert.

Das Bestreben, die Preise hochzuhalten, ist nicht neu. Schon seit Jahrzehnten wird der Abfall mehr oder weniger durch das Angebot reguliert. Welche Mittel dazu angewandt werden, konnte man aus den obigen Beispielen ersehen.

„Wirtschaftsplan“ vorbereite. Es läßt die Vermutung aufstauen, als ob das, was diesmal auf legalem Wege nicht zu erreichen war, so hintenherum durchgedrückt werden soll. Die größte Gefahr aber ist die, daß, wie beim Zündholzmonopol die genossenschaftliche Eigenproduktion beschränkt wurde, dadurch der Ausweitung der öffentlichen Wirtschaft ein endgültiger Riegel vorgezogen werden versucht werden wird.

Während in den letzten Jahren die Zahl der Arbeitskämpfe (Streiks und Aussperrungen) stets abgenommen hat, trat im letzten Vierteljahr 1930 ein erhebliches Ansteigen dieser Arbeitskämpfe ein. Im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres 1931 ist nun merkwürdigerweise wiederum ein Rückgang eingetreten.

Arbeitskämpfe im 1. Vierteljahr 1931

Während in den letzten Jahren die Zahl der Arbeitskämpfe (Streiks und Aussperrungen) stets abgenommen hat, trat im letzten Vierteljahr 1930 ein erhebliches Ansteigen dieser Arbeitskämpfe ein. Im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres 1931 ist nun merkwürdigerweise wiederum ein Rückgang eingetreten.

Table with 2 columns: Year/Quarter, Number of strikes. 1. Vierteljahr 1930: 17 754; 4. Vierteljahr 1930: 161 259; 1. Vierteljahr 1931: 67 075

Die Zahl der verlorenen Arbeitstage betrug für die gleichen Zeiträume: 122 056, 2 584 698 und 545 493. Von den 134 Arbeitskämpfen des Berichtsjahres waren 126 Streiks und 9 Aussperrungen. Es überwiegen demnach die Streiks gegenüber den Aussperrungen.

Die Zahlen erhärten erneut die bekannte Tatsache, daß in Zeiten wirtschaftlicher Krisen Streiks sehr wenig Aussicht auf Erfolg haben. Gerade umgekehrt ist das Bild bei den Aussperrungen.

einem vollen Erfolg für die Arbeitgeber 26 165 Tage; einen teilweisen Erfolg für die Arbeitgeber 18 462 Tage.

Hieraus ergibt sich, daß keine einzige Aussperrung für die Arbeitgeber erfolglos verlief. Ueber die einzelnen Arbeitskämpfe heißt es in dem Bericht: Im Bergbau, in der Metall- und Maschinenindustrie wie im Bekleidungs- und Holzgewerbe war die Streikbewegung gegen Lohnabbau erfolglos; nur in der Textilindustrie, im Holzgewerbe und in der Industrie der Steine und Erden ist es zu Teilerfolgen gekommen.

Der Kampf gegen den Ueberfluß

Man hätte es niemals für möglich gehalten, daß der Mensch gegen den ihm zur Verfügung stehenden Ueberfluß einen regelrechten und erbitterten Kampf führen muß. Es ist nicht genug, daß er unter dem Ueberfluß zu leiden hat, indem ein Millionenheer von Arbeitslosen dadurch geschaffen wurde.

„In Ceylon pflückt man von jeder Teepflanze statt drei nur zwei Blätter und drückt dadurch im Jahre 1930 die Ernte um 75 Millionen Pfund herunter. In Griechenland verbot man schon 1904 die Neuanpflanzung von Korinthen, und Ende 1909 wurde durch Gesetz die Ausrodung von Weinbergen angeordnet.

Das Bestreben, die Preise hochzuhalten, ist nicht neu. Schon seit Jahrzehnten wird der Abfall mehr oder weniger durch das Angebot reguliert. Welche Mittel dazu angewandt werden, konnte man aus den obigen Beispielen ersehen.

Kollegen! Lest eure Verbandszeitung und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

Auch der gestaltlose Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er befißt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

# Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Gedicht hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

## Der große Caruso und die kleinen Carusi

Der große Sänger Caruso, dessen Leben in Glanz und Ruhm dahinfließ und dessen Stimme wir auf Grammophonplatten noch immer hören können, hat wohl selbst nicht geglaubt, daß es Tausende von kleinen jungen Carusos oder Carusi, wie es in der Mehrzahl heißt, gibt, deren Leben eine einzige Hölle ist. Unter Caruso versteht man in Sizilien nämlich kleine zehn- bis fünfzehnjährige Knaben, die in den Schwefelgruben als Träger für die in der Tiefe abgeschlagenen Schwefelsteine dienen und die auch heute noch kaum etwas weniger besser gestellt sind als vor dem Kriege. Es müßte denn sein, daß inzwischen sich ganz gewaltig soziale Umwälzungen in Sizilien vollzogen hätten, was aber nicht der Fall ist. Der Reisende sieht, wie in den Häfen von Catania und Palermo zu Tausenden die Schwefelkuben, die in den Schwefelminen Siziliens aus dem gelben Material hergestellt werden, in die großen Dampfer verladen werden. Aber ach, wie viel Mühe und Schweiß klebt an jedem dieser gelben Klumpen, wieviel Seufzer und Flüche hängen ungelesen an jedem von ihnen. Ja, man kann sagen, mit Menschenleben sind sie erkauft, mit Blut sind sie gebaden, sagt Kumpelt in seinem Werk über Sizilien und die Sizilianer. Gewiß, die Picconieri, die Meister im Dienst der Unternehmer, haben auch eine schwere und ungeliebte Arbeit. Tief in Bergwerken mit nur einem Zugang, also ohne Ventilation, oft in heißer und dumpfer Stickluft stehen sie, meist nur mit Hosen und Sandalen bekleidet, und hauen mit der Spitzhade der Piccone, acht, zehn bis zwölf Stunden des Tages das spröde Gestein von der Felswand herunter. Gar nicht oder nur wenige Stunden sehen sie die Sonne. So sind auch ihre Lieder — es gibt eine ganze Volkspoesie der Schwefelarbeiter — von wilder Melancholie durchschauert. So zum Beispiel die folgenden Strophen: „Verflucht sei die Mutter, die mich gebar, — verflucht der Pfaffe, der mich taufte.“ Die Picconieri haben für ihre schwere und ungeliebte Arbeit aber doch wenigstens in normalen Zeiten einen für Sizilien immerhin guten Verdienst, nämlich nach Abzug aller Speisen verbleiben ihnen etwa zwei Mark nach unserem Gelde, vielleicht auch etwas darüber, und das ist für das Innere Siziliens immerhin als besserer Verdienst anzusprechen. Geringer die armen Carusi. Diese stehen nicht im Dienste der Unternehmung, sondern des einzelnen Meisters, und sind dazu da, das von diesen gelöste Gestein auf ihren Schultern ins Freie zu tragen. Ein junger kräftiger Picconieri kann ganz gut zwei solcher Jungens, steht er sehr weit vom Eingang, auch deren mehrere beschäftigen. Wie verschafft er sich nun seine Helfer? Nach sizilianischen Begriffen ist dies höchst einfach. Er geht zu einem armen Teufel von Familienwater, der viel Mäuler zu füttern und kein Brot im Hause hat, und bietet ihm für einen Ruben von acht bis zehn Jahren je nach dessen Körperkraft und Leistungsfähigkeit 100, 120 und 150 Lire. Er zahlt, und nun ist der Junge sein Caruso und muß für einen sehr geringen Lohn, alles für seinen Herrn tun, bis er die Kaufsumme abgearbeitet hat, in 99 von 100 Fällen ein Ding der Unmöglichkeit. Auch solche Kontrakte sollen vorkommen, wo kein Geld gezahlt, sondern der Caruso gegen ein Maultier oder ein Pferd eingetauscht wird. Natürlich nützt der Kaufherr, um auf die Kosten zu kommen, die kleine Kraft aus wie er nur kann. Um ihn so lange als möglich zu behalten, zahlt er ihm so wenig wie möglich. Die Carusi bringen es höchstens auf 75 Centesimi pro Tag. Dafür müssen sie den ganzen geschlagenen Tag, so lange der Picconieri arbeitet, auf ihren schwachen Schultern zwei bis drei große Steine auf schlechten Stiegen und durch enge Gänge bis ins Freie schleppen, oft Hunderte von schlüpfrigen oder außerordentlich hohen Stufen hinauf. Obgleich auch ihrerseits mit wenig mehr als Hosen und Sandalen bekleidet, geraten sie dabei in einen gewaltigen Schweiß, an den Kreuzgängen aber kommen sie wieder in den empfindlichsten Zug. Dabei die denkbar kärglichste Nahrung. Die Folge davon ist, daß sie zu einem erschreckend hohen Bruchteil an Lungenkrankheiten leiden, bußlig werden und direkt versterben. Kann man sich wundern, daß die armen kleinen Kerle ihrem Lohse zu entzinnen lachen und ihrem Feiniger davonlaufen? Das kommt aber seltener vor als man denkt. Denn schließlich sind die Strafen, die die um ihr Geld und ihre Arbeitskräfte zugleich geprellten Meister in ihrer wahrhaft sizilianischen Wut gegen die Jungen anwenden, wenn sie ihrer habhaft werden. Oft genug haben sie sie totgeschlagen oder niedergeschossen, ohne daß die Gerichte sich solcher Fälle immer bemächtigen. Denn der Picconieri hat oben Zutritt und gute Freunde und obendrein die sizilianischen Anschauungen für sich. Der arme, kleine tote Caruso hat aber niemanden, und für ihn ist wohl auch so das Beste. B.

## 87 alte Rasierklingen

Humoreske von Willi Reinhold Haacke.

Unbefugter Nachdruck verboten.

Als es zum Sparen eigentlich schon zu spät war, fing ich damit an mit 42 Jahren begann ich, mich selbst zu rasieren. Man braucht nicht den Weg zum Bartträger zurückzulegen, hat dort nicht zu warten, hat nichts zu bezahlen und hat auch nicht die moralische Verpflichtung zum Trintgelgeben. Daß man daheim mit dem Selbstrasierer überall im Wege steht, meist kein heißes Wasser hat und bei schlechter Beleuchtung oft nur die eine Halskugel rasiert, braucht man ja niemanden zu erzählen. So war alles gut. Als ich aber den Sport längere Zeit betrieben hatte, zählte ich die gebrauchten Rasierklingen und stellte fest, daß es siebenundachtzig waren. Von diesem Tage an beginnt mein Unglück.

Siebenundachtzig Rasierklingen sind nicht viel, sie nehmen auch nicht viel Platz ein, sie liegen geruhig in einer kleinen Pappschachtel und freuen sich ihres getanen Wertes. Aber — wo tut man sie hin? Hinter unserem Hause befindet sich eine riesige Müllgrube. Sie wird nur selten geleert. Gewaltige Massen von Müll und Abfällen bedecken schnell das Schächelchen. Es war wohl auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Am nächsten Abend brachte mir der Junge vom Hausmeister einen Brief meines Hauswirts mit der Schachtel Rasierklingen, darin stand:

„Ich hätte Sie für einen gebildeteren Menschen gehalten, wenn Sie Schriftsteller sein wollen.“ Haben Sie sich schon mal überlegt, welches Unheil Sie damit anrichten können? Wenn die Schachtel aufgeht, die Grubenräumer barfuß hineintreten, kann es Menschenleben kosten. Ich sende Ihnen die Dinger anbei wieder zu. Schneiden Sie sich meinetwegen die Kehle damit durch. Eusebius Sanftmut, Hauswirt.“

Wenige Tage darauf schlenderte ich durch einen Stadtteil, wo man mich bestimmt nicht kannte. Weit draußen hinter den Fabriken, wo in erbärmlichen Häusern arme Menschen sitzen. Ich fahrläufig, wenn ich die Rasierklingen auf eine Hauschwelle legen würde, findet sie bestimmt jemand, der sie wieder schleifen und noch lange benutzen kann. Bald war ich die kleine Schachtel los. Ich suchte gerade am Radio einer Schrammelkapelle, als er heftig klingelte. Ein kleiner Junge stand da und langte mir lächelnd eine kleine, bekannte Schachtel her. „Das haben Sie verloren!“ Ohne ein Wort zu sagen, nahm ich sie, schüttelte nur in stummem Schmerz den Kopf und schloß die Tür, ohne auch nur ein Wort oder einen Blick an das Kind zu richten. Aber nach wenigen Minuten klingelte es wieder, diesmal Sturm. Ein baumlanger Kerl mit einem langen schwarzen Barte, dem man sofort anlah, daß er keine Rasierklingen brauchen konnte, stand da und brüllte: „Sie halten uns wohl für ganz dumm? Siebenundachtzig Klingen, Marke Krakeweg, zu dreißig Pfennig das Stück, ergibt einen Fundwert von sechsundzwanzig Mark und zehn Pfennig. Findexerzwei Mark einundzwanzig Pfennig!“ Dabei langte er mir eine Flosse,

Handschuhnummer dreiundzwanzig, her. Ich legte drei Mark hinein und schloß leuchtend die Tür. Diesen Abend ging ich nicht aus, damit die drei Mark wieder eingebracht werden konnten.

Nicht lange darauf war ich bei entfernten Bekannten, die mich zwar als Menschen nicht weiter interessierten, wo man aber immer einen guten Beerenwein vorgelegt bekam und auch eine sehr gute Zigarre kostenlos rauchen konnte. Solche Form der Gefelligkeit, die zu keinem Gegendienst verpflichtet, war mir schon immer sympathisch. Als ich fortging und meinen Ueberzieher anzog, schoß mir ein Gedanke durch den Kopf: Hier gingen so viel Männer ein und aus, daß es gar nicht festzustellen war, wer hier eine gewisse Schachtel in eine dunkle Ecke hinter die Plurgarderobe gelegt haben könnte, was im nächsten Augenblick auch schon geschah, da ich mein Sorgenkind immer bei mir trage. — Am nächsten Tage, als ich aus dem Büro kam, überreichte mir meine Haushälterin ein Päckchen.

## Seht den Menschen nicht so kleinlich an

Wir haben heute, gerade heute, so viel mit dem Kleinen und Kleinsten des Alltagslebens zu tun, daß wir darüber oft das Große unseres eigenen Menschenwesens vergessen. Das Große des Menschen von morgen sei damit nicht gesagt. Nein, des Menschen von heute. Es steht da schon in diesem Menschen von heute etwas ganz Großartiges, das unter diesem Kleinlichkeitsleben von heute zu ersticken droht.

Wir sehen den Menschen leider nur zu sehr nur im Alltag. Wie er um Pfennige sorgt. Wie er auf kleinliche Vorteile bedacht ist. Wie er als armer Teufel scheel zum anderen sieht, der etwas mehr hat. Ist das der Mensch? Warum seht ihr ihn denn immer nur so? Seht ihn doch auch einmal anders! Nur dann seht ihr ihn recht.

Seht ihn doch an, wie er in Gepackstein stehen kann unter der Größe eines Gedankens, den man ihm kundet. Seht ihn doch an, wie er voll Ehrfurcht steht vor großen Menschen und vor großem Werk. Seht ihn doch an, wie er in Begeisterung glauben kann an ein Neues. Wie er in entscheidender Stunde (denkt an den Kapp-Putsch!) in Fähigkeit und in Kraft das erzwungene Große zu halten weiß! Seht ihn an, wie er in stolzer Demut aufblickt zum unendlichen Kosmos. Wie er in tiefster Liebe dem kleinsten Kinde ins Auge sieht! Seht ihn so an! Seht ihn doch anders! Und ihr seht ihn, den Menschen, wie er ist.

Wenn ihr das Kleinliche seht am Menschen, dann seht ihr den Menschen nicht, sondern die Umwelt, die ihn verzerrt. Die Nöte sind es, die den Menschen mißbilden. Das Leben draußen ist kleinlich, nicht der Mensch.

Das müssen wir wissen, wenn wir auf Menschen wirken wollen. Wenn wir werben wollen. Wer den Menschen nur als gieriges, kleinliches Wesen erfährt, der erfährt ihn nicht in der Tiefe und damit nicht dauernd und nicht in seinem Kern.

Du kannst nicht groß genug von dem Menschen denken. Füge darum, wenn du auf den Menschen werben, bildend wirken willst, alles Kleine in das Große ein! Sei frei und stolz! Durchglüht von einem flammenden Glauben! Die trockenste Zahl bekommt Leben, wenn der glaubende Mensch sie zum werbenden Werke nutzt.

Der Mensch will erleben. Aufblicken will er zu einem Ideal. Das Bedürfnis nach Großem ist sein Wesen. Sieh den Menschen darum in diesem Wesenskerne an! Und du fühlst es, welche Aufgabe diese Weltstunde am Menschen hat. Und du wachst dann selber in diesem Glauben. Und an unerhörten Energien wachst so die solidarische Kraft von uns allen, die wir zu solchem Werke als Kampfgenossen verbunden sind.

Dr. G. H.

Ich wußte Bescheid und wäre fast umgefallen. Das geschah aber erst, nachdem ich den Inhalt gelesen hatte:

„Sie Kerl, Sie gewöhnlicher! Ist das der Dank für alles, was Sie verschlungen und verraucht haben, daß Sie solche gemeinen Streiche verüben? Wenn auch unsere Amanda, die noch einen ganz anderen Mann als Sie bekommen kann, ein paar Haare an der Oberlippe hat, so braucht sie dazu noch lange keine Rasierklingen. Wir können auch Elektrolyse bei einem tüchtigen Spezialarzt bezahlen. Kommen Sie uns ja nicht wieder unter die Augen, sonst können Sie Ihre Knochen im Schnupftüchel nach Hause bringen! Entschuldigungen können Sie sich sparen. Ihnen glaubt ja kein anständiger Mensch was, Sie mit Ihren Lügen-erzählungen, womit Sie in der Zeitung die Leute dumm machen wollen!“

Mit der geziemenden Nichtachtung  
Ehregott Rogelmaier.“

Die Sache wurde täglich kritischer. Da ging ich am Hauptpostamt vorbei. Neben dem Einwurf für Briefe und Drucksachen befand sich ein schöner, verlockend breiter Spalt für Warenproben. Da gingen meine Freunde ganz wundervoll hinein. Ein Plumps — die sollten lange suchen, bis sie den Absender ermitteln würden. Bierzehn herrliche Tage gingen hin. Nichts störte meinen Frieden. Behörden arbeiten eben nicht so schnell. Am fünfzehnten Tage wurde mir ein amtliches Schreiben zugestellt, das hinten einen verdächtig nach Amtsgerecht aussehenden Wappenvogel trug. Es war aber „nur“ von der Oberpostdirektion. Darin stand:

„Sie haben am 26. vorigen Monats eine kleine braune Schachtel mit 87 (in Worten siebenundachtzig) Rasierklingen in den Einwurf für Warenproben am hiesigen Hauptpostamt geworfen.“

Beweis: Die Klingen sind umhüllt mit einem Stück Papier des Bumschäufener Anzeigers, der lt. Zeitungsliste in unserer Stadt nur von Ihnen gelesen wird. Außerdem ergab Nachfrage bei den zwei Barbieren Ihres Viertels, daß Sie Selbstrasierer sind und die gleiche Klingenmarke im Stahlwarengeschäft Jidor Käsmesser am Postplatz kaufen.

Wegen groben Unfalls werden Sie nach § 18765 IV a der Postordnung in eine Buße von

25 (fünfundzwanzig) Reichsmark

zugunsten der Postbeamten-Unterstützungskasse genommen, die bis zum 11. d. M. an die hiesige Oberpostdirektion, Zimmer 211, zu zahlen ist. Geschieht dies nicht, haben Sie strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen.

J. A.: Storzel, Oberpostdirektor.“

Mein Freund Adolar hat mir einen glänzenden Rat gegeben: Ich werde nächsten Monat meine Urlaubstreife nach Helgoland machen, und die mit einem Stein beschwerte Schachtel in einem ehrlichen Seemannsbegräbnis auf den Grund des Meeres versenken. Es sind übrigens schon hundertneunddreißig Stück.

## Rückgang der unehelichen Geburten

Ueber die Entwicklung der unehelichen Geburten hat das Statistische Landesamt Hamburg eine lehrreiche Berechnung durchgeführt. Die unehelichen Geburten sind nach dem Kriege sehr wesentlich zurückgegangen. Innerhalb der Grenzen des Freistaates Hamburg belief sich in dem Jahrzehnt von 1920 bis 1929 die Zahl der unehelich geborenen Kinder auf 21 693 gegen 32 970 in den 10 Jahren von 1905 bis 1914. Die Abnahme beträgt demnach 34 Prozent. In Wirklichkeit war sie noch größer, weil die im gebärfähigen Alter stehende unverheiratete weibliche Bevölkerung nach dem Kriege erheblich höher war als vorher. Auf 1000 ledige, verwitwete oder geschiedene weibliche Personen im Alter von 15 bis 45 Jahren kamen im Jahre 1910 26, im Jahre 1925 dagegen nur 12 uneheliche Geburten. Es ist somit ein Rückgang der Geburtenhäufigkeit um 52 Prozent zu verzeichnen. Die eheliche Fruchtbarkeitsziffer ist in der gleichen Zeit nur um 39 Prozent gesunken. Somit sank auch der Anteil der unehelichen Kinder an der Gesamtzahl der Geborenen. Dies ist um so beachtlicher, weil vor dem Kriege eine steigende Tendenz der unehelichen Geburten zu verzeichnen war. Die Zahl der jugendlichen Mütter ist verhältnismäßig am meisten gesunken. Von 1920 bis 1929 waren 31 Prozent aller unehelichen Mütter noch nicht 21 Jahre alt, vor dem Kriege dagegen 36. In den höheren Jahrgängen lagen die Anteile in der Nachkriegszeit über denen in den Jahren vor dem Kriege. Während wie bereits erwähnt die Gesamtzahl der unehelichen Geburten in Hamburg von einem auf das andere Jahrzehnt um 34 Prozent abgenommen hat, beträgt die Abnahme bei den Altersklassen bis 20 Jahre 44 Prozent, in der Altersgruppe von 21 bis 25 Jahren 35 Prozent und in der Gruppe der Lebensjahre von 26 an aufwärts nur 22 Prozent. Die Gesamtheit der ledigen Frauen weist nach dem Kriege große Veränderungen auf. Von 1910 bis 1925 haben die Witwen und geschiedenen Frauen erheblich zugenommen. Während die Ledigen überhaupt um 19 zunahm, betrug die Zunahme bei den Geschiedenen 176 und bei den Verwitweten 85 Prozent. Diese Verschiebungen haben zur Folge gehabt, daß das Alter der Mütter nach dem Kriege höher war als in der Vorkriegszeit. In der Zeit von 1910 bis 1914 betrug das Durchschnittsalter der unehelichen Mütter 22 und von 1925 bis 1929 23 Jahre. Lehrreich ist die Tatsache, daß auf 1000 ledige Mütter bis 17 Jahren von 1910 bis 1912 22 und von 1924 bis 1926 10 entfielen. Ein entscheidender Wandel mithin. Auffschlussreich ist noch die Beobachtung über den Berufsstand der unehelichen Mütter. Die unehelichen Mütter bis zum 40. Lebensjahre gliederten sich in den Jahren 1924 bis 1926 in Selbständige 0,9 Prozent, Angestellte 12 Prozent, Arbeiterinnen 33,5 Prozent, Hausangestellte 43 Prozent und Berufslose 10,6 Prozent. Die Hausangestellten haben also den größten Teil bei den unehelichen Geburten. Von den Arbeiterinnen haben die gelerntsten in der Nachkriegszeit abgenommen, während die ungelerten zugenommen haben. Die Berufsgliederung der unehelichen Mütter läßt wertvolle Schlüsse bezüglich der sozialen Lage derselben zu. Wir wollen uns eines Kommentars über diese Beobachtungen enthalten. Im großen und ganzen dürfte daraus hervorgehen, daß die unehelichen Frauen heute viel mehr als früher verstanden, die Empfängnis zu verhüten.

## Frauenarbeit, die schädlich ist

Durch Technisierung und Rationalisierung der Arbeitsvorgänge hat die Frauenarbeit in Berufen und Industrien Anwendung gefunden, die vordem den Männern überlassen war. Erst die praktische Tätigkeit mußte erweisen, ob die Frau gemäß ihrer Körperkonstitution zur Erledigung solcher Arbeiten geeignet ist. In den Berichten der Gewerbeaufsichtsämter finden wir nachstehende Beobachtung, die auch von den Gewerkschaften gemacht wurde:

„Der einzelne Handgriff an Maschinen mag oft nicht schwer sein, die dauernde Wiederholung desselben kann aber ganz bedeutenden Kraftaufwand erfordern und derartige Anstrengung verursachen, daß ihnen die Frau in des Wortes wahrer Bedeutung nicht gewachsen ist. So wurden in einem Betriebe Arbeiten an Pressen und Stanzen, die bisher Männer verrichteten, Frauen übertragen. Die Arbeit verlangt ein Herunterdrücken von Hand- und auch von Fußhebeln, Bewegungen, die gerade für den Frauenkörper deshalb ungeeignet sind, weil sie zu Schädigungen der Unterleibsorgane führen können. Die beteiligten Frauen fürchteten auch alle selbst, daß sie diese Arbeit auf die Dauer ohne Schaden wohl nicht leisten könnten; zwei Arbeiterinnen waren erkrankt, ohne daß der unmittelbare Zusammenhang dieser Arbeit mit der Erkrankung endgültig zu erweisen war. Dennoch ist es dem Gewerbeaufsichtsamt zunächst nicht gelungen, die Frauenarbeit an diesen Maschinen zu beseitigen.“

Die Beobachtung über die Schädlichkeit der Frauenarbeit in neuen Berufen muß fortgesetzt werden. Trotzdem wir keine künstliche Beschränkung der Frauenarbeit wünschen, so müssen gerade Tätigkeitsgebiete, für die sich die Frau nicht eignet, den Männern reserviert bleiben.

## Wieviel Uhr mag es sein?

Wir haben es oft im Gefühl, wieviel Uhr es ist. Wir treffen es mit unserer Vermutung oft sogar ganz genau. Wir wundern uns dann über das „Erraten“, während es in Wirklichkeit ein neuer Zeitsinn des Menschen ist, der da nach den neuen Untersuchungen der Wissenschaft wird.

Immer allerdings haben wir dieses Zeitgefühl nicht. Oft wundern wir uns, wie schnell die Zeit vergangen ist. Dann staunen wir über das schnelle Vergehen der Zeit, wenn wir auf die Uhr blicken. So ist es ja bekanntlich oft, wenn wir einmal abseits vom Alltag einige Stunden in froher Gesellschaft verleben.

So ist es auch in unserem Traum. Welche Wanderungen unternehmen wir da nicht im Traume! Wieviele Stunden scheinen uns da beim Erleben zu verrinnen! Welche lange, bange Zeit schweben wir da hin und wieder in Gefahr und Angst! Und doch haben neue wissenschaftliche Untersuchungen ergeben, daß die durchschnittliche Dauer eines Traumes nur 30 Sekunden ist.

Auch im Verhältnis zur Zeitgeschichte irren wir mit unserem Zeitgefühl oft. Es gibt ja Zeiten, die kriechen, und Zeiten, in denen sich das Geschehen überhitzt. Wie heute. Was erleben wir heute in einigen Jahren alles an Neuem! Und da ist es verständlich, daß wir bei der Nachprüfung nach diesem oder jenem schließlich staunen: „Was! So lange ist das schon her?“

Doch im ruhigen, bewußten Geschehen, da haben wir das Gefühl für die Zeit. Im gleichmäßigen Tageslauf. Ja, so stark ist das Gefühl für die Zeit bereits in den Menschen geworden, daß es auch im Unbewußten des Menschen ist, wenn er z. B. schläft. Nur so ist es zu erklären, wenn Menschen oft genau auf die Stunde, zu der sie erwachen müssen, auch die Augen aufschlagen, ohne ein Wecken von außen, durch andere oder durch eine Uhr.

Natürlich ist dieser Zeitsinn noch verschieden entwickelt. Bei manchen ist er noch schwach. Aber daß es andererseits Menschen gibt, die, wie es die wissenschaftlichen Untersuchungen zeigten, bis auf kleine Zeitgrenzen von nur drei Minuten die Zeit ohne Uhr angeben können, das beweist, daß da etwas Neues in der Sinneswelt der Menschen im Werden ist.

Der Mensch hat seine Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Entwicklung ist Natur- und Menschenart, die niemals stillstehen kann. Die Entfaltung des Geistes und der Seele des Menschen ist das Wesen des Menschen. Und das soziale Leben muß so geartet sein, daß sich dieser Mensch, dessen Sinn, Größe und Zukunft wir immer mehr ahnen, seinem innerlichen Wesen entsprechend frei entfalten kann.

Dr. G. H.